

Desertifikationsbekämpfung 2005

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

April 2005

Inhalt

Vorwort	3
Desertifikation: Ursachen und Folgen	5
Ausmaß der Desertifikation	5
Ursachen der Desertifikation	5
Folgen der Desertifikation	6
Internationale Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation	10
Grundprinzipien und Ziele der Konvention	10
Organe der Konvention	14
Die UNCCD als Baustein globaler Politik	16
Nutzen und Erfolge der UNCCD	17
Chancen der UNCCD	18
Ressourcenmanagement und Desertifikationsbekämpfung	19
Eine entwicklungspolitische Herausforderung	19
UNCCD und Dezentralisierung	22
Die Schlüsselrolle der Frauen	23
Ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit	24
Der Beitrag Deutschlands zur Umsetzung der UNCCD	24
Das Konventionsprojekt Desertifikationsbekämpfung (CCD Projekt)	28
Erfahrungen	29
Perspektiven	30
Beispiele aus der Praxis	31
Mali: Baumschulen für ein grünes Mali	32
Marokko: Desertifikationsbekämpfung mit neuen Partnern	34
Tunesien: Beratung bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsprogramms	36
Afrika überregional: Das Wasser der Wüste - Management unterirdischer Vorkommen in der Sahara	38
Argentinien: Nachhaltige Entwicklung in Trockengebieten	40
Brasilien: Stärkung der Akteure zur Umsetzung des Nationalen Aktionsprogramms	42
Dominikanische Republik und Haiti: Wasser als Schlüssel für nachhaltige Entwicklung	44
China: FZ unterstützt die Forstentwicklung und Desertifikationskontrolle	47
Zentralasien: Grenzüberschreitende Initiative im Kampf gegen Desertifikation	51
Auswahlkriterien der Vorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Desertifikationsbekämpfung	63
Abkürzungen	64
Glossar	66

Vorwort

Auch 10 Jahre nach ihrer Unterzeichnung hat die Konvention der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Desertifikation (UNCCD) nichts an Bedeutung eingebüßt. Noch immer schreiten Prozesse der Landdegradierung in Trockengebieten rasant fort. Sie beeinträchtigen die Chancen für eine nachhaltig erfolgreiche Armutsbekämpfung und damit auch für die Erreichung der Millenniumsziele. Die Lebensgrundlage von über 1 Milliarde Menschen in mehr als 110 Ländern ist durch anhaltenden Verlust an fruchtbarem Boden gefährdet. Die damit verbundenen wirtschaftlichen Verluste werden auf mehr als 40 Milliarden US\$ pro Jahr geschätzt. Mehr als 100 Millionen Menschen sind wegen drastisch nachlassender Bodenerträge und damit fehlender Existenzgrundlage gezwungen, ihre angestammte Heimat zu verlassen.

Die UNCCD ist die am stärksten entwicklungspolitisch orientierte Konvention unter den in Rio de Janeiro 1992 vereinbarten internationalen Übereinkünften im Umweltschutzbereich. Schließlich hat sie neben dem Schutz der Böden in Trockengebieten auch die Bekämpfung der Armut zum Ziel. Mit der Umsetzung der UNCCD gilt es, die Abwärtsspirale aus Landknappheit, Hunger, Migration, und Konflikten um Ressourcen, besonders in den am wenigsten entwickelten Ländern, zu durchbrechen. Dem seit 1999 in Bonn ansässigen Ständigen Sekretariat der Konvention kommt hierbei als Koordinator im Austausch mit anderen Mitgliedern der UN-Familie und den deutschen Partnern eine wichtige Funktion zu.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt die Umsetzung der Konvention im Rahmen seiner bilateralen Zusammenarbeit - weltweit laufen derzeit rund 520 Projekte zur Desertifikationsbekämpfung mit einem Gesamtumfang von etwa 1,6 Milliarden Euro, die Hälfte davon entfällt auf Afrika. Darüber hinaus auch als wichtiger Akteur der multilateralen Zusammenarbeit, u. a. durch Beiträge zur Globalen Umweltfazilität (GEF), einem Finanzmechanismus für die Herausforderungen des globalen Umweltschutzes in Entwicklungsländern, beteiligt sich das BMZ an dieser so wichtigen Aufgabe.

Mit dieser zweiten und aktualisierten Auflage der CD-Rom möchte ich Ihnen zeigen, wie das BMZ - gemeinsam mit den Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit - die betroffenen Länder bei der Umsetzung der Konvention unterstützt und was bisher erreicht wurde. Der Film „An Boden verlieren“ zeigt besonders eindrucksvoll die Problematik und bietet wirksame Lösungsansätze für eine nachhaltige Landnutzung in engem Schulterschluss mit der lokalen Bevölkerung in den betroffenen Ländern.

Heidemarie Wieczorek-Zeul

Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Was bedeutet Desertifikation?

Man spricht von Desertifikation, wenn in Gebieten mit relativ trockenem Klima die natürlichen Ressourcen (Boden, Vegetation, Wasser) als Folge einer zu intensiven Nutzung durch den Menschen beeinträchtigt oder zerstört werden. Eine solche Zerstörung hat dramatische Folgen: Die Vegetation geht zurück oder verschwindet vollständig; Wasser wird zum Mangelgut; die Böden erodieren, versalzen oder versanden; Sand wird vom Wind verfrachtet und zerstört die Infrastruktur. Kurz: Das Land wird unfruchtbar und verödet. Man spricht dann häufig auch von Landschafts-Degradierung.

Wissenschaftliche Definition von Desertifikation:

Die Internationale Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation definiert diese als „Landverödung in ariden, semiariden und trockenen subhumiden Gebieten infolge verschiedener Faktoren, einschließlich Klimaschwankungen und menschlicher Tätigkeiten“. Landverödung bedeutet, dass biologische oder wirtschaftliche Produktivität und Vielfalt, Anbauflächen, Wiesen, Weideland und Wälder abnehmen oder verloren gehen. Als arid, semiarid und trocken subhumid werden Gebiete bezeichnet, „in denen das Verhältnis der jährlichen Niederschlagsmenge zur möglichen Verdunstung im Bereich von 0,05 bis 0,65 liegt, außer polare und subpolare Regionen“.

Der Begriff Desertifikation wird häufig synonym zu den Begriffen (Landschafts-)Degradation, Bodendegradation, Vegetationsdegradation, Landverödung oder auch Umweltdegradation verwendet. Er umfasst eine Vielzahl von Prozessen. Durch Wasser- und Winderosion wird beispielsweise Bodenmaterial verlagert. Fruchtbarer Oberboden (Humus) geht verloren, und Landschaftsformen verändern sich (Erosionsgräben, -rillen etc.). Indirekt führt dies dazu, dass (Stau-)Seen versanden. Zu den Phänomenen von Desertifikation gehören auch physikalische und chemische Veränderungen der Böden (Verlust von Nährstoffen, Versalzung, Verdichtung, Austrocknung, Krustenbildung etc.). Solche Prozesse verringern die biologische bzw. wirtschaftliche Produktivität der jeweiligen Landschaft. Ein weiteres Merkmal der Desertifikation ist der Rückgang der Vegetation sowie eine biologische Artenverarmung in den betroffenen Gebieten. Besonders anfällig für Desertifikation sind Landschaften in Dürrezeiten, also in den (unregelmäßig auftretenden) Perioden, in denen die Niederschlagsmenge deutlich unter dem Durchschnitt liegt.

Desertifikation: Ursachen und Folgen

Ausmaß der Desertifikation

Als Trockengebiete werden Regionen bezeichnet, in denen – zumindest in manchen Jahren – der einfallende Niederschlag als Folge der Sonneneinstrahlung komplett wieder verdunstet. Wüsten- und Polarregionen sind hierbei ausgenommen. Trockengebiete machen rund 40 Prozent der Landfläche der Erde aus. Sie bilden den Lebensraum und die Existenzgrundlage für einen großen Teil der Weltbevölkerung: Allein im ländlichen Raum der Trockengebiete – das heißt außerhalb großer Städte – lebt rund eine Milliarde Menschen.

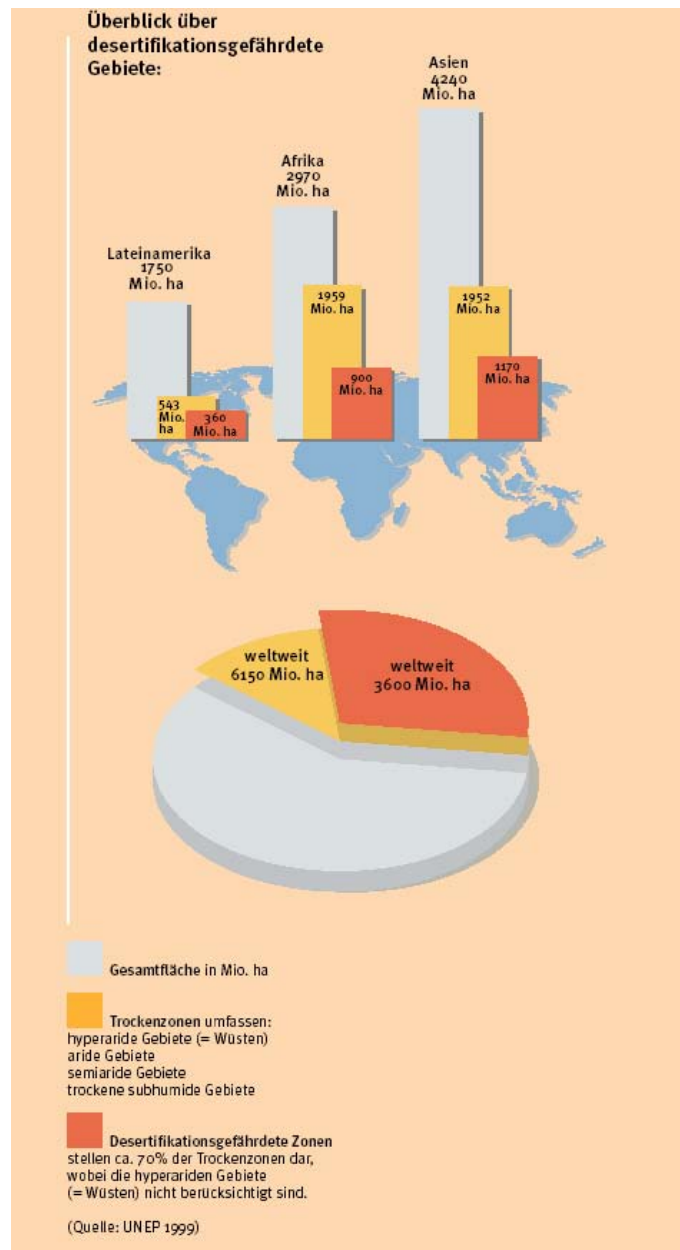
Desertifikationserscheinungen sind inzwischen in 70 Prozent aller Trockengebiete festzustellen. Betroffen sind derzeit 36 Millionen km², eine Fläche dreieinhalb Mal so groß wie Europa. In Afrika leben 40 Prozent der Gesamtbevölkerung in Gebieten, die von Desertifikation bedroht sind, in Asien 39 Prozent, in Südamerika 30 Prozent.

Es sind gerade die Entwicklungsländer, die besonders unter der Zerstörung von Land und Ressourcen leiden: Die 50 am wenigsten entwickelten Länder sind besonders stark von der Desertifikation betroffen. In diesen Ländern nehmen Trockengebiete rund zwei Drittel der Landesfläche ein.

Ursachen der Desertifikation

Die Hauptursache für Desertifikation ist eine zu intensive Nutzung von Trockengebieten durch die Bevölkerung. Die Menschen nutzen das Land in einer Weise (und mit technischen Verfahren), die nicht ausreichend an das empfindliche Ökosystem dieser Regionen angepasst sind. Wetterextreme (Dürren) sowie vor allem klimatische Schwankungen und Veränderungen verschärfen das Problem zusätzlich. (siehe: Desertifikation und Klimawandel)

Die überlieferten Strategien und Methoden der Landbewirtschaftung erweisen sich inzwischen oft als ungeeignet, weil sie nicht Schritt halten können mit dem starken Bevölkerungswachstum und der zunehmenden Nachfrage nach Agrarland durch Nomaden, die zu einer sesshaften Lebensweise übergehen. Weitere Faktoren begünstigen die Desertifikation zu-



sätzlich: mangelnde technische Kenntnisse, die fehlende Rechtssicherheit von Landnutzer(inne)n, ungünstige Bedingungen der internationalen Wirtschaft und des Welthandels, Kriege und nationale Konflikte.

Folgen der Desertifikation

Desertifikation löst in den betroffenen Ländern vielfältige gesellschaftliche Probleme und Konflikte aus: Wenn die Fruchtbarkeit der Böden zurückgeht und Wasser zur Mangelware wird, ist die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser gefährdet. Die betroffenen Menschen geraten in eine Spirale aus Naturzerstörung und Verarmung, die letztlich ihre Lebensgrundlage komplett zusammenbrechen lässt. Viele verlassen ihre ländliche Heimat und wandern in die Städte ab, wo sie dann in der Regel zu einem Leben in den Slums gezwungen sind.

Desertifikation verschärft mithin die sozialen Probleme der betroffenen Länder: Landflucht, Armut, schlechter Ernährungszustand, hohes Krankheitsrisiko nehmen zu. Desertifikation verhindert eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den betroffenen Ländern; die fatalen Folgen sind heute insbesondere in Afrika weithin zu beobachten.

Die volkswirtschaftlichen Schäden und sozialen Kosten, die durch Desertifikation entstehen, sind enorm: Weltweit werden die ökonomischen Verluste in den betroffenen Regionen auf rund 42 Milliarden US-Dollar pro Jahr geschätzt.

(siehe: Ökonomische Verluste durch Desertifikation)

Desertifikation und Klimawandel

Die Klimawissenschaftler in aller Welt sind sich heute mehrheitlich darüber einig, dass sich die globale Durchschnitts-Temperatur der Erdatmosphäre in den letzten 100 Jahren um rund ein Grad erhöht hat und dass sie sich in den kommenden Jahrzehnten weiter erhöhen wird. Einer der wesentlichen Gründe dafür ist die stark gestiegene Konzentration so genannter Treibhausgase in der Atmosphäre, etwa von Kohlendioxid oder Methan. Diese sind größtenteils als Folge menschlicher (anthropogener) Aktivitäten - zum Beispiel durch Energiegewinnung, Verkehr oder Landwirtschaft - freigesetzt worden. Die erhöhte Durchschnittstemperatur bewirkt einen globalen Klimawandel, der allerdings von Region zu Region höchst unterschiedliche Auswirkungen haben kann.

Ein Klimawandel wirkt sich gerade auf die Trockenzonen der Erde besonders drastisch aus, denn diese gehören zu den verwundbarsten Lebensräumen der Erde. Dies liegt daran, dass diese Zonen besonders empfindlich auf Veränderungen im natürlichen Wasserhaushalt reagieren, etwa als Folge sinkender Niederschlagsmengen. Es ist zu erwarten, dass sich Vegetationszonen verschieben werden oder dass die Vegetation möglicherweise vollständig verschwinden wird; parallel dazu nimmt die Artenvielfalt (Biodiversität) in Fauna und Flora ab. Gleichzeitig erhöht der Klimawandel das Risiko extremer Wetterereignisse wie Dürren oder Sandstürme, aber auch von Überschwemmungen und Bodenerosion nach so genannten Stark-Niederschlägen.

Für die Bevölkerung in diesen Gebieten, die vorwiegend von der Landwirtschaft lebt, bedeutet dies: Wasserknappheit, Rückgang der Bodenfruchtbarkeit, Ernte- und Einkommensverlust, Nahrungs- und Trinkwasserknappheit. Die Menschen in Trockengebieten sind besonders anfällig („verletzlich“) gegenüber solchen Veränderungen, weil sie meistens arm sind und neben der Landwirtschaft kaum über alternative Einkommensquellen verfügen.

Oberstes Ziel muss es natürlich sein, den Klimawandel durch den Treibhauseffekt so weit es möglich ist zu verhindern. Schon jetzt ist allerdings in gewissen Maß gar nicht mehr zu vermeiden, dass sich das Klima (global oder regional) verändert. Um diesen bereits unvermeidlichen Anteil des Klimawandels bewältigen zu können, sind geeignete Anpassungs-Strategien und -Maßnahmen notwendig.

Anpassung an den Klimawandel heißt in erster Linie, Strategien zu entwickeln, mit denen man das zu erwartenden Risiko zu beherrschen vermag. Dazu muss man:

- identifizieren, welche Länder und Regionen ein hohes Gefährdungspotenzial durch Klimawandel, Naturkatastrophen und Desertifikation aufweisen,
- mit Hilfe geeigneter Indikatoren feststellen, wie gefährdet die Menschen und die von ihnen genutzten Ökosysteme sind,
- Frühwarnsysteme definieren, die benötigt werden, um das Risiko zu mindern,
- die ökonomische Dimension der Schäden erfassen, die durch den Klimawandel möglicherweise verursacht werden,
- vorbeugende bzw. rehabilitierende Maßnahmen bewerten und abwägen,
- Prioritäten setzen für Maßnahmen der Desertifikationsbekämpfung und der Anpassung.

Die Methoden der Desertifikationsbekämpfung sind heute - zumindest was ihre technische Seite angeht - weitestgehend bekannt. Sehr viel schwieriger, weil komplexer, ist die notwendige Stärkung der Anpassungsmöglichkeiten und der Verringerung der Gefährdung der Menschen durch geeignete Maßnahmen zur Stärkung von Kapazitäten und Anpassung (Capacity Development).

Ökonomische Verluste durch Desertifikation

Die ökonomischen Verluste durch Desertifikation sind in allen betroffenen Regionen der Erde gravierend. Schon in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts gingen China allein als Folge von Bodenerosion jährlich mehr als 700 Millionen US Dollar verloren. Das ist etwa dieselbe Summe, die China damals pro Jahr in die Infrastruktur ländlicher Räume investierte. Inzwischen haben Desertifikationsprozesse in China ein noch dramatischeres Ausmaß erreicht. Dabei ist Bodenerosion nur eine von vielen Folgeerscheinungen, die durch übermäßige oder falsche Nutzung der Naturressourcen hervorgerufen werden. Die Bandbreite der aus „Übernutzung“ resultierenden Probleme ist so groß, dass eine Schätzung, geschweige denn eine Berechnung der gesamten ökonomischen Verluste sehr schwer ist. Verfügbare Zahlen spiegeln meist nur einen Ausschnitt des Problems wider. Inzwischen liegen die Schätzungen der volkswirtschaftlichen Verluste durch Desertifikation für China bei 6,5 Milliarden US Dollar jährlich.

Zu den wirtschaftlichen Folgen von Desertifikation zählen direkte Einbußen der Ressourcennutzer: das Sinken der Erträge auf versalzten Böden; Verluste an Viehbestand oder die Abnahme nutzbarer wild wachsender Ressourcen wie Medizinpflanzen. Diese Verluste machen sich schleichend, jedoch permanent und in ständig wachsendem Maße bemerkbar. Das Familienbudget einer Kleinbauernfamilie in Trockengebieten in China schrumpft von Jahr zu Jahr, wenn sie von den Naturressourcen als einziger Einkommensquelle abhängig ist. Der Teufelskreis beginnt, wenn die Bauern, um das Einkommen des Vorjahres zu erreichen, die Ressourcen im Folgejahr noch intensiver nutzen und damit den Boden noch weiter zerstören. Dadurch lassen sich zwar über einen kurzen Zeitraum Verluste ausgleichen (obwohl Ausgaben für Düngemittel oder Bewässerung und Mechanisierung steigen), aber langfristig kann es zu einem völligen Zusammenbruch der Produktionskapazität des ökologischen Systems kommen.

Die schleichenden Desertifikationsprozesse werden von plötzlich auftretenden Extremereignissen wie Überschwemmungen und Sandstürme verstärkt. Zudem ist ein bereits erodierter Boden viel anfälliger für starke Regenfälle und Stürme. Es kommt zu Erdbeben, Verschlammung von Wasserläufen und Stauseen, Verwehungen von Eisenbahnstrecken, Straßen und Siedlungen. Die ökonomischen Verluste sowohl für die direkt betroffenen Menschen als auch für den Staatshaushalt sind in diesen Fällen sehr hoch und für alle sichtbar.

Von Versandung betroffen sind in China gegenwärtig ca. 24.000 Ortschaften, 1400 km Eisenbahnlinien und 50.000 km Wasserwege. Die Instandhaltung von Straßen und Wasserwegen verschlingt von Jahr zu Jahr eine größere Summe des Staatsbudgets. Kosten entstehen darüber hinaus, wenn durch Stürme und Verwehungen pestizid- und düngemittelhaltiger Staub und Sand kilometerweit in menschliche Siedlungen hineingetragen wird und die Bevölkerung an Atemwegs-, Haut- und Darmerkrankungen leidet.

Die Region um den Aralsee in Zentralasien verzeichnet eine der weltweit höchsten Raten an Säuglingssterblichkeit. Dies ist bedingt durch den giftigen Staubaustrag aus dem Boden des Aralsees, der in den letzten Jahrzehnten zunehmend austrocknet, und aus den umliegenden versalzten Baumwoll-Anbauflächen. Die Schäden für Menschen, Vieh, Produktions- und Wohnstätten und Infrastruktur treten nicht nur am Ort der Ursache des Problems sondern auch in sehr weit entfernt liegenden Gebieten auf.

Die Desertifikationsprozesse machen nicht an Ländergrenzen halt und schädigen somit auch die Menschen und Volkswirtschaften anderer Länder und führen mitunter zu Konflikten zwischen diesen Ländern, wenn es zum Beispiel um die Aufteilung ohnehin knapper und sich rapide reduzierender Wasserressourcen geht.

Desertifikation zwingt Menschen, in Gebiete abzuwandern, in denen die Naturressourcen nicht so stark geschädigt sind. Dort beginnt die Spirale von neuem. Oder die Menschen wandern gleich in Städte oder andere Länder ab, wo sie sich ein Einkommen aus anderen

Tätigkeiten versprechen. Sie werden aber oftmals zu Bewohnern der Elendsviertel. Die Armut in von Desertifikation betroffenen Ländern nimmt immer mehr zu.

Desertifikation wird überwiegend vom Menschen hervorgerufen. Sie ist aber auch eine Folge des Klimas in dieser Region und des zunehmenden Klimawandels. Das Auftreten von Dürren verursacht extreme wirtschaftliche Einbußen. Dem müssen die Länder durch Investitionen in Frühwarnsysteme und vor allem durch ein an solche klimatischen Bedingungen angepasstes Management der Naturressourcen begegnen. Dadurch ließen sich ökonomische Verluste bei Dürren aber auch durch schleichende Desertifikation geringer halten.

Internationale Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation

Grundprinzipien und Ziele der Konvention

Im Jahr 1994 wurde in Paris die Internationale Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation (UNCCD) verabschiedet. Mit dieser Übereinkunft hat sich die Staatengemeinschaft völkerrechtlich verbindlich verpflichtet, in den von Desertifikation bedrohten Regionen der Erde die natürlichen Ressourcen (Boden, Wasser, Vegetation) schonend und nachhaltig zu nutzen und auf diese Weise ihre Zerstörung (Degradation) zu vermeiden. Oberstes Ziel ist dabei, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Die Konvention dient somit einerseits dem Schutz der Umwelt, trägt aber gleichzeitig auch dazu bei, den betroffenen Ländern eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen und vor allem die dort allgegenwärtige Armut zu bekämpfen.

Entstanden war diese Konvention auf Initiative afrikanischer Staaten: Die schweren Dürrekatastrophen der siebziger Jahre hatten vor allem den Ländern der Sahelzone vor Augen geführt, dass nicht nur ein extremes Klima, sondern auch „hausgemachte Probleme“ – etwa die zu starke Nutzung der ökologisch sensiblen Umwelt – für die Zerstörung der Böden und den Wassermangel verantwortlich waren.

Seit Inkrafttreten der UNCCD im Jahr 1996 haben 191 Staaten die Konvention unterzeichnet. Das Vertragswerk verpflichtet die betroffenen Länder als auch die internationalen Partner (Geberländer) dazu, bei allen Aktivitäten bestimmte Grundprinzipien zu berücksichtigen.

Die zehn wichtigsten Aspekte der Internationalen Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation

1. Die in der Konvention vorgesehenen Maßnahmen haben - anders als frühere Strategien und Programme - verpflichtenden Charakter. Mit ihrem Inkrafttreten Ende 1996 erhielt die Konvention für alle Unterzeichnerstaaten **rechtsverbindlichen Charakter**.
2. Die Konvention baut auf dem derzeit verfügbaren Wissen über die Desertifikationsbekämpfung auf und setzt es in einen **allgemein gültigen Handlungsrahmen** um.
3. Die Konvention erleichtert den Politikdialog zwischen den Partnern der Entwicklungszusammenarbeit. Die Nationalen Aktionsprogramme sollen Grundlage für **Partnerschaftsvereinbarungen** zwischen den Gebern und dem jeweiligen Entwicklungsland werden.
4. Durch die Konvention wird abgesichert, dass die betroffene Bevölkerung an Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Desertifikationsbekämpfung beteiligt wird (**Partizipation**).
5. Die Konvention fordert, die bestehenden Programme und Pläne des Ressourcenmanagements zu **harmonisieren**. Dies bietet die Chance, Planung und Durchführung stärker zu vereinheitlichen. Der Übergang von Projekt- zu Programmförderung wird erleichtert.
6. Die Konvention fordert vom jeweiligen Land, dass es für die Bekämpfung der Desertifikation und die Umsetzung der Konvention eine **geeignete Koordinierungsstelle** schafft.
7. Die Konvention fordert **dezentralisierte Entscheidungsstrukturen** als eine wichtige Voraussetzung für nachhaltiges Ressourcenmanagement. Sie kann deshalb der Motor für beschleunigte Dezentralisierung werden.
8. Die Konvention erhebt das **Lernen aus der Vergangenheit** und die **systematische Aufarbeitung bisheriger Erfahrungen** zu einem wichtigen Prinzip.
9. Die Konvention erwartet von den Gebern, dass sie sich in Zukunft intensiver untereinander und mit ihren Partnern abstimmen und hierzu **geeignete Abstimmungsstrukturen** in den Entwicklungsländern unterstützen.
10. Die Konvention sieht keine neuen globalen Finanzierungsmechanismen vor, sondern setzt auf eine **höhere Effizienz bei der Nutzung der vorhandenen Finanzierungsquellen**. Dezentralisierte Fonds zur Desertifikationsbekämpfung sollen in erster Linie nationale und lokale Mittel mobilisieren.

Zwei Prinzipien haben in der Konvention eine besonders herausgehobene Bedeutung: Geberländer und betroffene Staaten sind zum einen angehalten, partnerschaftlich miteinander zu kooperieren und ihre Erfahrungen kontinuierlich auszutauschen. In diese Partnerschaft sind auch nichtstaatliche Akteure (zum Beispiel Nichtregierungsorganisationen) gleichberechtigt einzubinden. Zum zweiten soll die Bevölkerung der betroffenen Regionen effektiv an allen Maßnahmen beteiligt werden. (siehe: Die Prinzipien Partnerschaft und Partizipation)

Ziele und grundlegende Prinzipien der Konvention sind in bestehende nationale Programme der betreffenden Länder zu integrieren. Als zentrales Instrument zur Umsetzung der UNCCD sollen die betroffenen Staaten darüber hinaus so genannte „Nationale Aktionsprogramme zur Desertifikationsbekämpfung“ (NAPs) einrichten, die - sofern irgend möglich - alle Lebensbereiche berücksichtigen, die einen Einfluss auf Desertifikation und deren Bekämpfung haben (zum Beispiel Politik, Wirtschaft, Landwirtschaft, Ressourcenschutz, Armutsbekämpfung).

Auszug aus Artikel 4 der UNCCD: Allgemeine Verpflichtungen:

Die UNCCD verpflichtet die von Desertifikation betroffenen Länder, in nationaler Trägerschaft erstellte Aktionsprogramme zu erarbeiten und für die Umsetzung auch eigene Finanzmittel zu mobilisieren. Sie fordert ebenfalls explizit eine Verknüpfung zwischen den Maßnahmen zur Desertifikationsbekämpfung und den Anstrengungen zur Reduzierung der Armut.

(2) „Bei der Verfolgung des Zieles dieses Übereinkommens werden die Vertragsparteien wie folgt tätig:

- a) Sie beschließen eine integrierte Vorgehensweise zur Bewältigung der physikalischen, biologischen und sozioökonomischen Aspekte der mit Wüstenbildung und Dürre verbundenen Vorgänge;
- b) sie widmen im Rahmen der einschlägigen internationalen und regionalen Gremien der Lage von Vertragsparteien, die betroffene Entwicklungsländer sind, im Hinblick auf den Welthandel, Vertriebsregelungen und Schulden gebührende Aufmerksamkeit, um ein günstiges weltwirtschaftliches Umfeld zu schaffen, das der Förderung der nachhaltigen Entwicklung dienlich ist;
- c) sie binden Strategien zur Beseitigung der Armut in die Bemühungen zur Bekämpfung der Wüstenbildung und zur Milderung von Dürrefolgen ein; ...“

Die Konvention sieht vor, die Wirksamkeit der Nationalen Aktionsprogramme regelmäßig zu überprüfen („Evaluation“). Sie bietet darüber hinaus die Chance, Erfahrungen, die einzelne Länder in ihrer bisherigen Entwicklungszusammenarbeit gesammelt haben, mit Partnern weltweit auszutauschen und damit international nutzbar zu machen.

„Die Prinzipien Partnerschaft und Partizipation“

Die UNCCD ist die erste internationale, rechtlich verbindliche Vereinbarung, welche die Prinzipien „Partnerschaft“ und „Partizipation“ ausdrücklich festschreibt.

a. Partnerschaft

Nachdrücklich fordert die Konvention die Vertragsstaaten auf, dafür zu sorgen, dass sich alle relevanten Akteure zusammenarbeiten, gemeinsam Prioritäten setzen und längerfristige Programme entwickeln und umsetzen. Zu diesen Akteuren gehören die von Desertifikation betroffene Bevölkerung und ihre Zusammenschlüsse, Nichtregierungsorganisationen, die nationalen Regierungen, Geberorganisationen, internationale Finanzierungseinrichtungen, Forschungseinrichtungen und die Privatwirtschaft. Bei solchen Partnerschaften geht es einerseits um Kooperationen zwischen internationalen Partnern, aber auch auf nationaler oder regionaler Ebene.

Die Beispiele Tunesien, Marokko und Zentralasien (siehe dazu auch: Projektbeispiele) zeigen, wie Partnerschaftsbildung aussehen kann: Mit Unterstützung des Global Mechanism wurden zunächst die wichtigsten Akteure für die Umsetzung in Nationalen Aktionsprogrammen (NAPs) identifiziert; jede Akteursgruppe (Staatliche Verwaltung, Nichtstaatliche Organisationen, Geber und internationale Organisationen) im Land wurde daraufhin kontaktiert und eine mögliche Beteiligung am Umsetzungsprozess geklärt. Dieser Vorbereitung folgten Treffen auf nationaler oder regionaler Ebene, auf denen diskutiert wurde, wie die jeweils Beteiligten zusammenwirken und welche Beiträge sie jeweils leisten können und in welcher Form man sich zukünftig abstimmen und zusammenarbeiten will.

Während der 6. Konferenz der UNCCD-Vertragsstaaten 2003 in Havanna (Kuba) haben die Mitgliedstaaten der EU eine Initiative angekündigt, welche die Umsetzung der Konvention beschleunigen soll („COP 6 Initiative“) und den Titel „Armutsbekämpfung durch nachhaltige Landnutzung“ trägt.

- Die Initiative will Geberländer und betroffene Staaten auf freiwilliger Basis zu gemeinsamen, konkreten Aktivitäten anregen. Diese sollen:
- mit den jeweiligen nationalen Handlungsschwerpunkten abgestimmt sein,
- einen festgelegten Zeitrahmen und eindeutig definierte Ziele aufweisen, und
- auf die Anforderungen reagieren, die betroffene Länder identifiziert haben, um die Lebensbedingungen der von Desertifikation bedrohten Landbevölkerung zu verbessern,
- auf der Basis spezifischer Richtlinien durchgeführt werden, welche die EU für diese Initiative entwickelt hat. Formalisierte Regelungen gemäß dem UN-Vorgehen sind dabei jedoch nicht vorgesehen.

Dies will man erreichen, indem die Ziele der Nationalen Aktionsprogramme (zur Umsetzung der UNCCD) den Schwerpunkten der (übergeordneten) nationalen Entwicklungsprogramme angeglichen werden. Darüber hinaus sollen vor allem Maßnahmen in Gang gesetzt werden, die der Bevölkerung neue Einkommensmöglichkeiten eröffnen und die Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser und Energie verbessern. Neuartige Formen der Partnerschaft können diese Anstrengungen unterstützen. In Zentralasien wurde beispielsweise eine Partnerschaftsvereinbarung (Strategic Partnership Agreement) zwischen Global Mechanism, Asiatischer Entwicklungsbank sowie den Ländern Kanada, Schweiz und Deutschland abgeschlossen, wobei weitere Mitglieder willkommen sind. (siehe dazu auch Projektbeispiele: Zentralasien)

Ein begleitender und unterstützender Schritt kann darin bestehen, die Geber auf nationaler Ebene zu koordinieren. Die partnerschaftlichen Beziehungen und die Aufgabenverteilung unter den Beteiligten sollen in Partnerschaftsvereinbarungen festgeschrieben werden.

b. Partizipation

Ein weiteres wichtiges Prinzip der Konvention ist Partizipation. Die Konvention dringt darauf, dass alle betroffenen Bevölkerungsgruppen umfassend und wirksam beteiligt werden:

- an den Entscheidungsprozessen,
- an der Planung, Durchführung und Evaluierung der NAPs sowie
- an den regionalen und lokalen Entwicklungsplänen.

Entscheidungen sollen dabei „von der Basis zur Spitze“ (bottom up) erfolgen.

Die Konvention fordert dabei ausdrücklich die Beteiligung von Frauen sowie die Einbeziehung von nichtstaatlichen Organisationen (NROs). Partizipation hängt also eng zusammen mit dem Prinzip der Partnerschaft zwischen Regierung und ziviler Gesellschaft sowie deren Vertretungen und Zusammenschlüssen zusammen. Besonders wichtig ist dabei, die NROs an den nationalen Entscheidungsprozessen in den jeweiligen Ländern zu beteiligen.

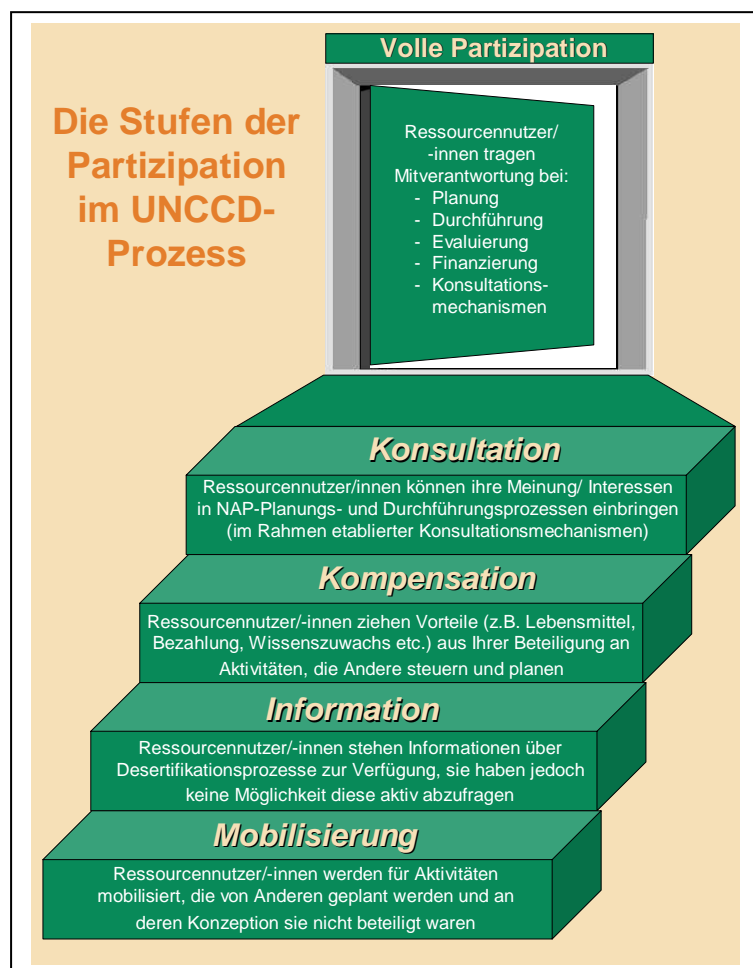
Erfolgreiche Investitionsstrategien setzen darüber hinaus eine Beteiligung und ein Engagement der Privatwirtschaft voraus. Diese wird beispielsweise als Partner benötigt, um in den betroffenen Regionen eine verarbeitende Industrie für landwirtschaftliche Produkte aufzubauen, um die möglichen Einnahmequellen für die lokale Bevölkerung zu erweitern.

Desertifikationsbekämpfung kann nur erfolgreich sein, wenn sich Bürgerinnen und Bürger für die Lösung dieses Problems engagieren und die dafür notwendige Unterstützung erhalten. Denn sie sind von den Problemen unmittelbar betroffen. Hinzu kommt, dass sich die Zivilgesellschaft in vielen Ländern als ideenreiche und dynamische Kraft bei der Problembewältigung erwiesen hat.

Deshalb müssen die von Desertifikation betroffenen Länder alles daran setzen, um der Zivilgesellschaft sowie deren Organisationen und Vertretungen bei der Umsetzung der UNCCD einen angemessenen Platz sowie ein substantielles Mitspracherecht einzuräumen.

Beispielsweise sollten Vertreter/-innen der Zivilgesellschaft in den nationalen Gremien vertreten sein, die die Umsetzung der UNCCD in den jeweiligen Entwicklungsländern steuern und unterstützen. Insbesondere bei der Erarbeitung und Umsetzung von lokalen Aktionsprogrammen der UNCCD ist die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft unerlässlich.

Vertreter(innen) der Zivilgesellschaft schon heute in den meisten Ländern an solchen nationalen Gremien beteiligt. Allerdings besitzen diese meist eher den Charakter von Informationsnetzwerken. Sie haben dagegen keine beratenden Aufgaben und können keine Entscheidungen vorbereiten. Das Prinzip Partizipation in der Praxis tatsächlich zu verwirklichen, ist somit eine wichtige Herausforderung für die Zukunft.



Organe der Konvention

Das höchste Organ der Konvention ist die Vertragsstaatenkonferenz, die alle zwei Jahre einberufen wird. Einmal pro Jahr trifft sich das Komitee zur Überprüfung der Umsetzung der Konvention (CRIC), das im Jahr 2002 als zusätzliches Organ eingerichtet wurde. Das CRIC konzentrierte sich bisher bei seinen Beratungen auf folgende Themen:

- Partizipationsprozesse,
- rechtlicher und institutioneller Rahmen,
- Mobilisierung und Koordinierung von Finanzmitteln,
- Synergien mit anderen Umweltkonventionen und Verbindungen zu anderen nationalen Entwicklungsstrategien,
- Frühwarnsysteme für Desertifikation und Maßnahmen zur Rehabilitation von degradiertem Land,
- Monitoring und Bewertung von Desertifikationsprozessen,
- Zugang der Entwicklungs- und Transformationsländer zu Technologie und Know-how.

Das **Komitee für Wissenschaft und Technologie** (Committee on Science and Technology, CST) soll die Umsetzung der Konvention wissenschaftlich begleiten. Während der 5. Vertragsstaatenkonferenz 2001 einigte man sich darauf, dieses Gremium zu reformieren. Ziel war es, die Arbeit des CST stärker auf den Bedarf der betroffenen Länder auszurichten. Dazu wurde eine Expertengruppe gebildet; ihr gehören 25 Fachleute aus allen Regionen an, die von Desertifikation betroffen sind, sowie Vertreter der unterstützenden Industrienationen.

Die UNCCD verpflichtet die Industrieländer, die Bemühungen der betroffenen Länder im Kampf gegen Desertifikation durch „substantielle finanzielle Leistungen“ zu unterstützen. Dies soll einerseits im Rahmen der bestehenden bi- oder multilateralen Entwicklungszusammenarbeit erfolgen. Darüber hinaus wird die Umsetzung der UNCCD durch zwei eigenständige Finanzierungsmechanismen gefördert. Der so genannte „Global Mechanism“, der dem International Fund for Agricultural Development (IFAD) in Rom angegliedert ist, verhilft den betreffenden Ländern zu Informationen über bestehende Möglichkeiten und innovative Mechanismen zur Finanzierung und vermittelt ihnen den Zugang zu entsprechenden Mitteln. Seit 2002 hat die UNCCD außerdem direkten Zugang zur Globalen Umweltfazilität (GEF). Dort hat man einen neuen Förderschwerpunkt eingerichtet und das Programm „Sustainable Land Management“ (OP 15) verabschiedet; damit steht den von Desertifikation betroffenen Ländern nun die Möglichkeit offen, Programme zum nachhaltigen Landmanagement kofinanzieren zu lassen.

GEF „Pilot Country Programmatic Partnership“: neue Chance für partnerschaftliche Zusammenarbeit zugunsten der UNCCD-Umsetzung

GEF hat insgesamt 500 Mio. US \$ für Maßnahmen gegen Landdegradierung reserviert. Davon sind 250 Mio. US \$ für OP 15 „Sustainable land management“ und weitere 250 Mio. US \$ für andere „focal areas“ (biodiversity conservation, climate change, international waters, persistent organic pollutants) vorgesehen.

2004 will GEF in ausgewählten Ländern eine „Pilot Country Programmatic Partnership“-Initiative (PCPP) für nachhaltiges Landmanagement initiieren. In Afrika sind als prioritäre Länder **Burkina Faso, Namibia** und **Äthiopien** vorgeschlagen, in Asien betrifft das die zentralasiatischen Länder Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan. Eine Reihe von Gebern hat sich unter Leitung der ADB und in Kooperation mit GEF in einer strategischen Partnerschaft zusammengeschlossen, die eine Investitionsinitiative „Central Asian Countries Initiative for Land Management“, CACILM unterstützt.

Dieser programmatische Ansatz soll sicherstellen dass:

- künftige GEF-Finanzierungen sich klar an Prioritäten der „National Action Programs“ (NAPs) bzw. relevanter Investitionsprogramme und PRSP orientieren.
- die Rahmenbedingungen für die GEF-Implementierung verbessert werden, indem in einem kohärenten Programmansatz Policy-Aspekte, sektorübergreifende Ansätze und die Nutzung von Erfahrungen verbunden werden.
- Transaktionskosten verringert werden, indem sich die für die GEF-Finanzierung unabdingbaren Geber-Partner für die Finanzierung der Basiskosten (baseline costs) auf gemeinsame Planungszyklen verständigen.

Diese Partnerschaft mit GEF bietet die Chancen, gute Ansätze breitenwirksam durch mehr investive Mittel zu verstärken. Dies gilt vor allem für Bereiche, die nicht kreditfähig sind, aber bei GEF unter „global benefits“ laufen.

Langjährige deutsche Erfahrungen im Ressourcenmanagement, in der Dorfentwicklung und in der Armutsbekämpfung wie beispielsweise im PATECORE-Projekt in **Burkina Faso** könnten auf diese Weise in neue Partnerschaftsformen eingebracht und in anderen Regionen repliziert werden.

Die UNCCD als Baustein globaler Politik

Die Erkenntnis, dass die weltweiten natürlichen Ressourcen begrenzt sind, hat innerhalb des letzten Jahrzehnts das Verhältnis zwischen Entwicklungs-, Transformations- und Industrieländern grundlegend verändert. Es hat sich die Überzeugung durchgesetzt, dass angesichts der wachsenden globalen Probleme auch eine globale politische Strategie notwendig ist: Es gilt die internationalen Strukturen zur Kooperation, Koordination und kollektiven Entscheidungsfindung zu stärken. Dies fasst man heute unter dem Begriff der „Global Governance“ zusammen. Die Entwicklungspolitik ist ein wesentlicher Baustein in dieser globalen Strukturpolitik und muss sich solche Strategien daher ebenfalls zu eigen machen.

Die UN-Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation ist eine der so genannten Rio-Konventionen die auf Initiativen während der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992 zurückgehen. Dazu gehören weiterhin die Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und die Konvention zur Biologischen Vielfalt (UNCBD). Diese Konventionen berücksichtigen gleichermaßen die sozialen wie die ökonomischen Ursachen der jeweiligen Probleme sowie der entsprechenden Lösungsansätze. Es handelt sich somit gleichzeitig um Umwelt- und um Entwicklungskonventionen. Auf diese Weise wurden erstmals völkerrechtliche Grundlagen für die internationale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) geschaffen. Die UNCCD ist die am stärksten entwicklungsorientierte Rio-Konvention.

Nach Einschätzung der OECD Länder verfügt die UNCCD über ein hohes Potenzial, das nachhaltige Management von Naturressourcen in Trockengebieten zu fördern. Dies könne zu einem Motor für wirtschaftliche Entwicklung, Ernährungssicherung und Armutsbekämpfung in jenen Entwicklungs- und Transformationsländern werden, die von Desertifikation betroffen sind. Ein Workshop der OECD-Länder im März 2004, der sich mit der besonderen Bedeutung, sozusagen dem „Mehrwert“ der Konvention auseinandergesetzt hatte, kam zu folgendem Schluss: „Wenn die UNCCD nicht bereits existieren würde, müsste man sie neu erfinden“. Obwohl es erkennbare Mängel bei der Umsetzung gebe, empfiehlt das Gremium, die Konvention konsequent zu unterstützen.

Die UNCCD

- ist ein Instrument, um die ärmsten Menschen, die in den am stärksten marginalisierten Regionen der Welt leben, in den politischen Blickpunkt zu rücken,
- kann ein Forum sein, um Entwicklungs- und entwickelte Länder zu einem Erfahrungsaustausch über Umwelt und Entwicklung zusammenzubringen,
- ist ein integrativer konzeptioneller Referenzrahmen für Aktivitäten, die das Problem der Landdegradierung angehen,
- ist ein allgemein anerkannter Rahmen für einen Politikdialog zu Fragen der Landdegradierung, der allen Partnern hilft, ihre zukünftige Zusammenarbeit zu gestalten,
- kann ein nützlicher Rahmen und Ort für den (innovativen) Aufbau von Partnerschaften und Partizipation sein,
- kann ein wirksames Förderinstrument sein, das einen Beitrag zur Erreichung der Millenniums - Entwicklungsziele leistet.

Auszug aus dem Protokoll des OECD -Gebertreffens vom März 2004 – Übersetzung aus dem Englischen

Nutzen und Erfolge der UNCCD

Bei „klassischen“ Umweltvereinbarungen, etwa beim Montrealer Protokoll, sind Erfolg oder Misserfolg leicht zu identifizieren: Solche Konventionen haben eindeutige Zielvorgaben und betreffen messbare Größen (etwa den Ozongehalt über der Antarktis). Zweck, Nutzen und Erfolg – sozusagen der Mehrwert – solcher Konventionen sind daher leicht nachzuvollziehen und werden auch kaum in Frage gestellt.

Bei der UNCCD ist dieser „Mehrwert“ im Vergleich dazu weniger einsichtig: Ihre Ziele überschneiden sich in erheblichem Maß mit Vorgaben und Aufgaben der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Die Begriffe „Desertifikation“ und „Desertifikationsbekämpfung“ sind nicht so klar definierbar wie beispielsweise „Klimawandel“ oder „Klimaschutz“. Messbare Erfolge kann die Konvention ebenfalls noch nicht vorzeigen: Bisher hat ihre Existenz nicht nachweisbar dazu geführt, dass sich die Desertifikation wesentlich verlangsamt. Darüber hinaus ist festzustellen, dass es weder den Industrieländern noch den von Desertifikation betroffenen Entwicklungsländern gelungen ist, das Potenzial dieses Vertragswerkes für die EZ wirklich auszuschöpfen.

Dennoch: Zehn Jahren nach Verabschiedung der Konvention sind wichtige Erfolge zu verzeichnen:

- Die UNCCD hat das Problem der Desertifikation mit seiner ganzen Tragweite auf die internationale politische Bühne gehoben. Sie hat die Erkenntnis gefördert, dass es ausgeschlossen ist, in den betroffenen Ländern die Armut zu bekämpfen und eine nachhaltige Entwicklung einzuleiten, wenn man nicht der Desertifikation Einhalt gebietet. Dies setzt voraus, schonender und effizienter mit den vorhandenen Ressourcen umzugehen.
- Im Zuge des UNCCD-Prozesses sind innovative Finanzierungsmodelle identifiziert, neue Formen von strategischen Partnerschaften eingerichtet und neue Wege zur Koordinierung der Geberländer beschritten worden. Ein Beispiel ist die *Strategic Partnership for Central Asia*, in der sich mehrere Geberländer sowie die fünf zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan verpflichtet haben, eine gemeinsame Initiative zum Land-Management umzusetzen.
- Die Konvention hat dazu beigetragen, dass die Bekämpfung der Desertifikation in den meisten Ländern auf eine institutionelle Grundlage gestellt wurde. Eine besondere Bedeutung haben dabei die Nationalen Aktionsprogramme (NAPs) - vor allem weil sie partizipative Prozesse in Gang gesetzt haben. Diese haben inzwischen in vielen Ländern eine besondere Dynamik entwickelt, während die Umsetzung der NAPs von Seiten des Staates eher schleppend vorangeht.
- Konkrete Wirkungen der Umsetzungs-Projekte im Rahmen von UNCCD werden sichtbar bei der Ernährungssicherung, beim Erhalt von Ressourcen sowie in der Einkommenssicherung der ländlichen Bevölkerung, aber gerade bei der Fortentwicklung von Methoden (z.B. Anwendung partizipativer Landnutzungsplanung).

Chancen der UNCCD

Allgemein betrachtet besitzt die UNCCD folgende besonders positive Grundzüge:

- Sie besitzt gesellschaftspolitische Relevanz und ist mithin keine rein technisch ausgerichtete Entwicklungsstrategie,
- sie ist völkerrechtlich verbindlich,
- sie verschiebt die Akzente von der Förderung einzelner Projekt hin zu übergeordneten Programmen, die „sektorübergreifend“ alle beteiligten gesellschaftlichen oder politischen Bereiche und Ebenen einbeziehen.

Probleme ergeben sich bei der Umsetzung der Konvention dagegen vor allem dadurch, dass

- sich die völkerrechtliche Verbindlichkeit nicht automatisch in nationale Politik übersetzt,
- es keine „harten“ Kriterien für Erfolg beziehungsweise Sanktionen bei Misserfolg gibt,
- es sich um eine politische Strategie handelt. Dies bedeutet, dass die betroffenen Länder selbst darüber entscheiden, welche Prioritäten sie setzen. Das wiederum birgt die Gefahr, dass ein Land eher solchen Projekten hohe Priorität einräumt, die in erster Linie der Wirtschafts- und Infrastrukturentwicklung dienen, aber nicht in jedem Fall nachhaltig sind.

Die abschließende Beurteilung, ob der UNCCD-Prozess erfolgreich ist oder nicht, wird vor allem davon abhängen, inwieweit er dazu beizutragen vermag, die Armut in den betroffenen Ländern erfolgreicher als bisher zu bekämpfen.

Insgesamt steht die UNCCD - ebenso wie andere Konventionen, aber auch das UN-System und die Internationale Rechtsordnung insgesamt - vor der Frage, wie erfolgreich eine globale Politik auf der Basis multilateraler Verhandlungen und Vereinbarungen sein kann. Dass solche Verhandlungen meist nur einen Minimalkonsens hervorbringen und dass Veränderungen und Erfolge sich oft nur in langen Zeiträumen einstellen, ist noch kein Beweis dafür, dass solche Politikansätze grundsätzlich den falschen Weg darstellen. Möglicherweise zeigen sie aber, dass Konventionen dieser Art langfristig nur eine Zwischentappe auf dem Weg zu einer wirksamen, multilateral getragenen globalen Strukturpolitik sind.

Der Druck, globale Umweltprobleme anzugehen, wird aller Wahrscheinlichkeit nach weiter anwachsen. Damit nimmt auch der gemeinsame Handlungsbedarf zu.

Ressourcenmanagement und Desertifikationsbekämpfung

Eine entwicklungspolitische Herausforderung

Natürliche Lebensgrundlagen zu erhalten und nachhaltig zu nutzen, bildet einen Schwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik. Dies beruht auf der Überzeugung, dass der verantwortliche Umgang mit den natürlichen Ressourcen eine wesentliche Voraussetzung für eine tragfähige wirtschaftliche und soziale Entwicklung in allen Weltregionen ist.

Von den Auswirkungen der Desertifikation sind vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten in den jeweiligen Ländern betroffen, vor allem Ackerbauern und nomadisch lebende Viehzüchter. Die natürlichen Ressourcen in den betroffenen Regionen zu erhalten, trägt somit auch wesentlich dazu bei, die Lebenssituation dieser Menschen zu verbessern.

Dies kann nur dann dauerhaft erfolgreich sein, wenn unterstützende Maßnahmen in verschiedenen Lebensbereichen („Sektoren“) ansetzen. Verbessert werden muss:

- die ökologischen Umstände, unter denen diese Bevölkerungsgruppen leben, indem man zum Beispiel mit Hilfe technischer Maßnahmen die Böden vor Erosion schützt oder angepasste Technologien zur Bewässerung einführt.
- ihre wirtschaftliche Situation, indem man ihnen beispielsweise dabei hilft, ihre Waren und Produkte außerhalb der Heimatregion zu vermarkten oder indem man den Besitz von Grund und Boden rechtlich besser absichert.
- ihre soziale Sicherheit, indem man zum Beispiel dafür sorgt, dass sie nicht zusätzlich von Katastrophen und Krisen besonders hart getroffen werden,
- ihre politische Mitgestaltungsrechte, indem man beispielsweise dafür sorgt, dass sie besser an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen teilhaben, die ihr Leben direkt berühren.

Desertifikation wirksam zu bekämpfen, heißt also auf die unterschiedlichen Lebensbereiche der betroffenen Bevölkerungsgruppen unterstützend einzuwirken. Dies bedeutet für die Entwicklungszusammenarbeit eine große Herausforderung: Es geht nicht allein darum, Einzelprojekte zu fördern, die Lösungen in einzelnen Sektoren entwickeln, beispielsweise ressourcenschonende Technologien. Vielmehr ist die EZ gefordert,

- in den betroffenen Länder durch entsprechende politische Beratung dazu beizutragen, dass die Bekämpfung der Desertifikation zum sektorübergreifenden Ziel wird und die beteiligten politischen Institutionen sich dazu koordinierend vernetzen.
- Die Ziele und Vorgaben der UNCCD in breiter angelegte EZ-Programme zu integrieren, die sich beispielsweise der Armutsbekämpfung, der ländlichen Entwicklung oder der Strukturpolitik („Governance“) widmen.

(siehe dazu auch: Desertifikationsbekämpfung und EZ)

Desertifikationsbekämpfung und EZ

Desertifikationsprozesse in den Trockengebieten betreffen nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Maß. Vor allem Kleinbauern – gleich ob sie Ackerbau betreiben oder Wandervieh halten - sind besonders abhängig von den natürlichen Ressourcen. Desertifikation und Naturkatastrophen bedeuten für diese Menschen, die gewöhnlich bereits unter ärmsten Bedingungen leben, Gefahr für ihre sozialen Strukturen und schlimmstenfalls für Leib und Leben.

Im Zusammenhang mit der Landnutzung tragen vor allem zwei Faktoren dazu bei, dass Ressourcen zu stark genutzt und damit zerstört werden. Zum einen gibt das Bodenrecht solcher Länder den Landnutzern häufig keine ausreichende Rechtssicherheit. Zum zweiten erweisen sich die überlieferten Strategien und Methoden der Landbewirtschaftung inzwischen oft als ungeeignet, weil sie nicht Schritt halten können mit dem starken Bevölkerungswachstum, den veränderten ökonomischen und politischen Situation sowie der zunehmenden Nachfrage nach Agrarland durch Nomaden, die zu einer sesshaften Lebensweise übergehen. Und drittens sind sie gezwungen, die Ressourcen immer intensiver zu bewirtschaften, das heißt nicht angepasst an die ökologischen Bedingungen.

Um die Lebensumstände der ärmsten Menschen zu verbessern, sind umfassende Maßnahmen notwendig, die darauf abzielen

- a) die wirtschaftlichen Möglichkeiten dieser Menschen zu verbessern. Dazu gilt es, das Wirtschaftswachstum zu fördern, die Wirtschaftsmärkte besser an die Bedürfnisse armer Menschen anzupassen und diese Gruppe stärker in das Wirtschaftsleben einzubeziehen. Dies kann zum Beispiel geschehen, indem man ihr „Kapital“ stärkt, das heißt ihren Bildungsstand verbessert und ihnen Landbesitz sichert;
- b) ihre politische Teilhabe zu stärken. Hier geht es darum, armen Menschen Möglichkeiten zu eröffnen, auf jene Entscheidungen Einfluss nehmen zu können, die ihr Leben betreffen. Eine wichtige Voraussetzung dafür besteht darin, jede Diskriminierung zu bekämpfen, die auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen, sozialen oder religiösen Gruppe bzw. auf die Hautfarbe oder auf das Geschlecht zurückgeht.
- c) soziale Sicherheit zu schaffen. Ziel ist es zu verhindern, dass arme Menschen von Krisen und Schicksalsschlägen (Naturkatastrophen, Wirtschaftskrisen, Missernten, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Gewalt) besonders hart betroffen sind und getroffen werden.

Für die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ergeben sich aus diesen Zielen vielfältige Aufgaben, die verschiedene Bereiche („Dimensionen“) berühren:

– **Ökologische Dimension:**

Beiträge zur Umsetzung der Desertifikationskonvention, Förderung konkreter Projekte und Programme in den Bereichen „Ländliche Entwicklung“ und „Ressourcenmanagement“ und Mitgestaltung der Förderpolitik multilateraler Institutionen.

– **Ökonomische Dimension:**

Programme zur lokalen und regionalen Wirtschaftsförderung in Verbindung mit nachhaltiger Ressourcenbewirtschaftung.

– **Soziale Dimension:**

Beteiligung aller relevanten Akteure der Zivilgesellschaft an der Ausarbeitung, Umsetzung und Evaluierung der Nationalen Aktionsprogramme und der Armutsbekämpfungsprogramme.

– **Politische Dimension:**

Dezentralisierungsprogramme in Verbindung mit der Gestaltung des rechtlichen Rahmens.

Aus Sicht der EZ ist Desertifikationsbekämpfung somit keine Sektor-, sondern eine Querschnittsaufgabe. Dies bedeutet: Es reicht nicht aus, einzelne Projekte einzurichten, die darauf abzielen, in einer betroffenen Region die lokalen „Symptome“ der Desertifikation zu kurieren. Es geht vielmehr darum, die Desertifikationsbekämpfung in die Instrumente der EZ zu

integrieren und diese so zu gestalten, dass sie die Vorgaben und Ziele der UNCCD gleichsam mitverfolgen und -erfüllen. Dies trifft vor allem zu auf EZ-Aktivitäten in den Bereichen „Armutsbekämpfung“ und „Ländliche Entwicklung“. Berührt wird aber auch der Bereich „Governance“, also Maßnahmen, die politische und ökonomische Strukturen mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung optimieren (z.B. Dezentralisierung, „Capacity Development“, Wirtschaftsreformen). Deshalb umfassen die Maßnahmen einerseits Vorhaben auf Ebene der betroffenen Länder, etwa Politikberatung im Rahmen von Nationalen Aktionsprogrammen, andererseits aber auch breitere Programmansätze.

- a) Projekte nationaler Politikberatung: Deutschland fördert derzeit im Rahmen von 20 NAP-Beratungsprojekten in Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gezielt den Aufbau und die Stärkung des institutionellen Rahmens zur UNCCD-Umsetzung. Ziel ist es, nationale Institutionen (Ministerien, Steering Committees, Focal Points) in ihrer jeweiligen Rolle in Bezug auf die UNCCD so zu stärken, dass sie sich mit anderen nationalen Institutionen (z.B. andere Ministerien, nationale Planungskommissionen) langfristig vernetzen.
- b) breiter angelegte Umsetzungsprojekte und -programme (ca. 500): Die deutsche bilaterale EZ unterstützt ein breites Spektrum von Maßnahmen auf der Umsetzungsebene, die dem nachhaltigen Ressourcenmanagement, dem Schutz der Naturressourcen, der Dezentralisierung und der Entwicklung des ländlichen Raumes dienen.
- c) Darüber hinaus hat Deutschland auch ein überregionales Programm zur Unterstützung der UNCCD-Umsetzung weltweit (CCD Projekt) sowie Regionalprogramme für Afrika, Asien und Lateinamerika geschaffen (siehe dazu auch: Der Beitrag Deutschlands zu UNCCD).

Deutschland beteiligt sich aktiv an Ansätzen für eine verbesserte Geberkoordinierung. Ein deutsches Projekt unterstützt in Mali die Koordinierung der Geber vor Ort. In Tunesien und Marokko ist Deutschland für die Abstimmung zwischen den bilateralen Gebern und die Beratung der tunesischen bzw. marokkanischen Focal Points zuständig. In Zentralasien ist Deutschland an wegweisenden Ansätzen der Partnerschaftsbildung zwischen den fünf zentralasiatischen Ländern, mehreren Geberländern sowie multilateralen Institutionen beteiligt (siehe dazu auch: Projektbeispiele: Zentralasien)

Konkrete Erfahrungen und Erfolge der Umsetzungs-Projekte im Rahmen von UNCCD sind schon heute zu verzeichnen vor allem bei der Ernährungssicherung, beim Erhalt von Ressourcen, bei der Einkommenssicherung der ländlichen Bevölkerung sowie bei der Fortentwicklung von Methoden (z. B. Anwendung partizipativer Landnutzungsplanung). Es ist allerdings bisher nur ansatzweise gelungen, solche Erfahrungen und Erfolge in die übergreifenden politischen Strategien der jeweiligen Länder zu übertragen.

Desertifikationsbekämpfung ist zudem nicht in erster Linie eine Frage von Technologien, sondern von Rahmenbedingungen. Technologische Lösungen, die in lokalen Projekten „vor Ort“ entwickelt worden sind, bleiben meist auf diese Region beschränkt. Diese so genannten „best practices“ überregional zu verbreiten und zu fördern, um damit landesweit einen volkswirtschaftlichen Effekt zu erzielen, ist bisher kaum gelungen.

Das bedeutet für die Zukunft, dass die EZ stärker unter Beweis stellen muss:

- a) dass durch Anwendung der entsprechenden Technologien Ressourcen erhalten bleiben und ökonomischer Gewinn erzielt werden kann und
- b) dass sich dies für die volkswirtschaftliche Gesamtentwicklung und die Armutsbekämpfung der unterstützten Partnerländer auszahlt.

Aber auch in den Industrieländern selbst sind strukturelle Veränderungen notwendig, um dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung näher zu kommen. Deshalb wirkt die deutsche Entwicklungspolitik auch nach innen, indem sie den entwicklungspolitische Zusammenhang anderer Politikbereiche fördert und das Bewusstsein dafür schärft, dass unsere gemeinsame globale Zukunftssicherung wesentlich von der Verbesserung der Lebensbedingungen und Verhältnisse in anderen Ländern abhängt.

UNCCD und Dezentralisierung

Die charakteristischen Phänomene und Folgen der Desertifikation manifestieren sich vor allem auf lokaler, kommunaler Ebene; sie müssen daher auch vorrangig auf dieser Ebene in Angriff genommen und bewältigt werden (siehe Artikel 3, UNCCD). Die Gemeinden sind die wichtigsten Träger von sektororientierten, querschnittshaften und bürgernahen Gemeinschaftsaufgaben; sie müssen zur Bewältigung dieser Aufgabe allerdings auch politisch aufgewertet und durch ökonomische Anreizsysteme unterstützt werden. Dies kann nur erreicht werden, wenn man langfristig die politischen, institutionellen und fiskalischen Strukturen dezentral organisiert. Dabei sind gleichzeitig Regelungen und Systeme zu schaffen, welche die lokale Bevölkerung anregen, vorhandene Ressourcen nachhaltig zu nutzen. Eines der wichtigsten Anreizsysteme ist die Schaffung von Landnutzungstiteln und verbürgten Landnutzungsrechten für Ressourcennutzer/-innen. Dadurch werden Subsistenz- und Kleinbauern/-bäuerinnen veranlasst, sorgsamer und nachhaltig mit ihrem Land umzugehen, um es auch für nachfolgende Generationen produktiv zu halten.

Die UNCCD sollte in Zukunft noch besser als strategischen Rahmen für nachhaltiges Ressourcenmanagement auf kommunaler Ebene genutzt werden.

Artikel 3 der UNCCD Grundsätze

Zur Verwirklichung des Zieles dieses Übereinkommens und zur Durchführung seiner Bestimmungen lassen sich die Vertragsparteien unter anderem von folgenden Grundsätzen leiten:

- a) Die Vertragsparteien sollen sicherstellen, dass die Beschlüsse über die Planung und Durchführung von Programmen zur Bekämpfung der Wüstenbildung und/oder zur Milderung von Dürrefolgen unter Beteiligung von Bevölkerungsgruppen und örtlichen Gemeinschaften gefasst werden und dass auf höheren Ebenen ein günstiges Umfeld geschaffen wird, um Maßnahmen auf nationaler und örtlicher Ebene zu erleichtern;
- b) Die Vertragsparteien sollen im Geist internationaler Solidarität und Partnerschaft die Zusammenarbeit und Koordinierung auf überregionaler, regionaler und internationaler Ebene verbessern und die finanziellen, personellen, organisatorischen und technischen Ressourcen gezielter dort einsetzen, wo sie benötigt werden;
- c) Die Vertragsparteien sollen im Geist der Partnerschaft die Zusammenarbeit auf allen staatlichen Ebenen sowie zwischen Gemeinschaften, nichtstaatlichen Organisationen und Landbesitzern entwickeln, um das Verständnis für Wesen und Wert von Land und knappen Wasserressourcen in betroffenen Gebieten zu verbessern und auf ihre nachhaltige Nutzung hinzuarbeiten;
- d) Die Vertragsparteien sollen die besonderen Bedürfnisse und Gegebenheiten von Vertragsparteien, die betroffene Entwicklungsländer sind, insbesondere der am wenigsten entwickelten unter ihnen, in vollem Umfang berücksichtigen.

Die Schlüsselrolle der Frauen

Im ländlichen Raum der Entwicklungsländer haben Frauen aufgrund ihrer vielfältigen Aufgaben in der Landwirtschaft, der Viehzucht sowie in Haushalt und Familie eine Schlüsselrolle bei der Nutzung der natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser und Holz.

Frauen produzieren den Hauptteil der Nahrungsmittel, sowohl für den eigenen Bedarf (Subsistenzproduktion) als auch für den Handel. Sie sammeln Holz zum Kochen und Heizen, als Lichtquelle und als Baumaterial und sie versorgen meist den gesamten Haushalt mit Wasser.

Trotz dieser umfassenden Zuständigkeiten ist für die Frauen der eigenverantwortliche Zugang zu den natürlichen Ressourcen in vielfacher Weise eingeschränkt: In der Regel haben sie keine Besitzrechte an Land, Boden, Bäumen oder Wasser. Ihre Mitspracherechte und ihre Entscheidungsbefugnisse bei der Verteilung und Nutzung von Ressourcen sind häufig unzureichend. Hinzu kommt, dass für Frauen der Zugang bzw. die Verfügbarkeit von Krediten und sonstigen Fördermöglichkeiten vielfach noch erschwert ist. Ihr Interesse an Politik und Verwaltung wird oft nicht wahrgenommen und berücksichtigt.

Im täglichen Kampf um die immer knapper werdenden natürlichen Lebensgrundlagen tragen Frauen die Hauptlast - und sie sind diejenigen, die von ökologischen Krisen, etwa Dürren zuerst betroffen sind. Ihre ohnehin schon enorme Arbeitsbelastung ist in den von Desertifikation betroffenen Gebieten noch erhöht. Erosion und Abnahme der Bodenfruchtbarkeit verringern die landwirtschaftliche Produktion und gefährden damit die Grundversorgung der Familien. Die täglichen Wege zu den immer spärlicheren Holz- und Wasserquellen verlängern sich zunehmend; Einnahmequellen gehen verloren und infolge von Abwanderung in Städte nimmt die Belastung als Alleinversorgerinnen unter den Zurückgebliebenen noch zu.

Deshalb muss im Kampf gegen die Desertifikation mehr als bisher der besonderen Rolle und den speziellen Bedürfnissen der Frauen Rechnung getragen werden, aber auch ihrem wertvollen Wissen über Pflanzen, Tiere und ökologische Vorgänge in ihrem Lebensraum.

Die UNCCD hebt die besondere Rolle der Frauen für eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Lebensgrundlagen ausdrücklich hervor. So verpflichten sich die Vertragsparteien dazu, Frauen umfassend zu beteiligen, wenn örtliche Einrichtungen aufgebaut werden, die Maßnahmen zur Desertifikationsbekämpfung initiieren und steuern. Ferner betont die Konvention die Notwendigkeit, das Bildungsangebot für Frauen im Bereich Erhaltung und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen weiterzuentwickeln. Gezielte Maßnahmen zur Entwicklung wirtschaftlicher Tätigkeiten in nicht-landwirtschaftlichen Bereichen sollen alternative Einnahmequellen erschließen, um wirksam gegen ländliche Armut vorzugehen und den Druck auf die natürlichen Ressourcen zu vermindern.

Ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Der Beitrag Deutschlands zur Umsetzung der UNCCD

Als UNCCD-Vertragsstaat hat sich die Bundesregierung dazu verpflichtet, die Konvention und damit auch die Desertifikationsbekämpfung nach Kräften zu unterstützen. (siehe auch: **Entwicklungspolitische Bedeutung**). Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat innerhalb der Bundesregierung die Federführung für die Umsetzung der Konvention übernommen; das BMZ ist somit auch dafür zuständig, die Kooperation und den Dialog mit dem in Bonn ansässigen UNCCD-Sekretariat zu pflegen.

Zurzeit beträgt der Regulärbeitrag Deutschlands ca. 9,4 % des Gesamtbudgets. Für das Jahr 2005 entspricht dies einem Betrag von ca. 740.000 US-Dollar. Alle zwei Jahre wird das Budget auf der COP neu verhandelt.

Deutschland unterstützt in vielfältiger Weise das **UNCCD-Sekretariat**, so zum Beispiel durch einen freiwilligen Beitrag von rund 511.300 Euro pro Jahr für allgemeine Aufgaben des Sekretariats. Darüber hinaus beteiligt sich das BMZ an der Ausrichtung von Konferenzen des Sekretariates mit einem weiteren jährlichen Beitrag von rund 511.300 Euro (Bonn-Fonds). Das CCD Projekt, das extra zur Unterstützung der Umsetzung der UNCCD eingerichtet wurde, sowie weitere Projekte der GTZ (Zentrale und Ausland) unterstützen das Sekretariat bei organisatorischen und strategischen Fragen, unter anderem beim regionalen Informationsaustausch, bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie bei der jährlichen Ausrichtung des „Internationalen Tages zur Bekämpfung der Desertifikation“ (17. Juni).

Schwerpunkte

Die Desertifikationsbekämpfung bildet bereits seit Mitte der achtziger Jahre einen **Förderschwerpunkt der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit**. Sie wird auch in Zukunft ein wichtiger Bereich der Kooperation bleiben. Derzeit laufen in diesem Bereich weltweit 520 deutsche Projekte mit einem Gesamtvolumen von fast 1,7 Milliarden Euro. Die Mittel sind regional folgendermaßen verteilt: 52 Prozent in Afrika (Schwerpunkt der UNCCD), 22 Prozent in Asien und 22 Prozent in Lateinamerika.

295 von den 520 Projekten mit einem Gesamtvolumen von 1,6 Milliarden Euro werden durch staatliche Durchführungsorganisationen durchgeführt. Das BMZ fördert eine aktive Einbindung dieser Projekte in den Prozess der Konventionsumsetzung. Das UNCCD-Komitee zur Überprüfung der Umsetzung der Konvention (CRIC) hat auf seiner ersten Sitzung darauf hingewiesen, dass in einigen Ländern der Konventionsprozess bereits in erheblichem Umfang durch Projekte beeinflusst wird, die von Deutschland unterstützt werden. Dabei geht es sowohl um die Entwicklung angemessener Problemlösungen auf lokaler Ebene als auch um politische Gestaltung auf nationaler und regionaler Ebene.

In rund 30 Ländern hat das BMZ die nationalen Focal Points unmittelbar bei der Erarbeitung und Umsetzung der Nationalen Aktionsprogramme (NAPs) unterstützt. Des Weiteren wird der Prozess der Subregionalen und Regionalen Aktionsprogramme (SRAP, RAP) in fünf Regionen aktiv begleitet.

Speziell für die Unterstützung des Konventionsprozesses hat das BMZ einige innovative Schritte ergriffen. 1999 wurde das Konventionsvorhaben „Unterstützung der Umsetzung der Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation“ (CCD Projekt der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, GTZ) begonnen. Das CCD Projekt berät das BMZ im internationalen Politikdialog und unterstützt im Auftrag des BMZ die Umsetzung der Konvention in ausgewählten Partnerländern. Darüber hinaus unterstützte das Projekt die Bildung eines

Netzwerks deutscher Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen (DesertNet). Das Projekt berät außerdem das Sekretariat der UNCCD in strategischen und organisatorischen Fragen und informiert die deutsche Öffentlichkeit über die Problematik der Desertifikation.

Darüber hinaus hat Deutschland so genannte Regionalvorhaben ins Leben gerufen. Für Afrika hat Deutschland seit 1995 insgesamt 4,5 Millionen Euro bereitgestellt, um die Umsetzung der Konvention zu unterstützen. Seit 2002 unterstützt Deutschland außerdem im Rahmen eines Regionalvorhabens Asien mit 4,5 Millionen Euro. Seit Anfang 2003 gibt es ein Regionalvorhaben für Zentralamerika und Karibik mit einem Mittelumfang von einer Million Euro. Die besondere Bedeutung dieser Regionalvorhaben liegt darin, dass sie den sehr wichtigen grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch unterstützen und neue Erfahrungen bei der Umsetzung der UNCCD, z. B. durch Pilotvorhaben und gute Praxisbeispiele ermöglichen.

Rund ein Drittel der Mittel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden für **multilaterale Programme internationaler Organisationen** wie der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen, der Weltbank und der Europäischen Union bereitgestellt. Auch auf diese Weise fördert die Bundesrepublik wirksame Programme zur Desertifikationsbekämpfung.

Das BMZ stellt deutschen **Nichtregierungsorganisationen** (NROs) jeweils etwa zehn Prozent seiner jährlichen Haushaltsmittel zur Verfügung. Dazu gehören die beiden christlichen Kirchen, die Stiftungen der im Bundestag vertretenen politischen Parteien sowie rund 100 weitere Organisationen. Darüber hinaus bringen diese NROs eigene Mittel auf, zumeist aus Spenden der Bevölkerung in Deutschland. Sie leisten in eigener Verantwortung wichtige Beiträge zur Lösung von Entwicklungsproblemen in den Partnerländern. Deutsche NROs führen gegenwärtig 225 Projekte im Bereich „Ressourcenmanagement in Trockengebieten“ mit einem Finanzvolumen von 74 Millionen Euro durch.

Entwicklungspolitische Bedeutung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat im Mai 2003 ein Strategiepapier mit dem Titel „Bessere Lebensbedingungen durch globales Handeln: die Ziele des BMZ bei der VN-Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation (UNCCD)“ vorgelegt und beschlossen darauf hinzuwirken, dass:

- nachhaltige Systeme zur Landnutzung in nationalen Armutsbekämpfungsstrategien verankert werden,
- die UNCCD verstärkt als strategischer Rahmen für nachhaltiges Ressourcenmanagement auf Gemeindeebene genutzt wird, und
- die Konventionsumsetzung unterstützt wird, indem diese in die Entwicklungszusammenarbeit mit Partnerländern und -regionen integriert wird.

Die Bekämpfung der Desertifikation ist integraler Bestandteil des „**Aktionsprogramms 2015**“, das als Armutsbekämpfungsprogramm der Bundesregierung dazu beitragen soll, die so genannten „**Millennium Development Goals**“ (MDG) zu verwirklichen.

Durch unseren Politikansatz im Bereich der Desertifikationsbekämpfung sowie durch konkrete Programme und Projekte tragen wir besonders zur Umsetzung der Ansatzpunkte 2 „*Das Recht auf Nahrung verwirklichen und Agrarreformen durchführen*“ und 6 „*Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen sichern und eine intakte Umwelt fördern*“ des AP 2015 bei.

Millennium Development Goals (MDG)

Im September 2000 kamen die Staats- und Regierungschefs von 189 Ländern zu einem Gipfeltreffen in New York zusammen. Als Ergebnis des Treffens verabschiedeten sie die so genannte Millenniumserklärung. Sie fasst die Herausforderungen, denen die Weltgemeinschaft zu Beginn des neuen Jahrtausends gegenübersteht, in vier programmatischen Handlungsfeldern zusammen: (1.) Frieden, Sicherheit und Abrüstung, (2.) Entwicklung und Armutsbekämpfung, (3.) Schutz der gemeinsamen Umwelt und (4.) Menschenrechte, Demokratie und gute Regierungsführung. **Deutschland** hat sich – wie alle Mitglieder der Vereinten Nationen – **verpflichtet**, zur Umsetzung der Millenniumserklärung und ihrer Ziele beizutragen.

Sie ist der Beginn einer neuen globalen Partnerschaft für Entwicklung. Aus der Erklärung sind acht internationale Entwicklungsziele, die so genannten "Millennium Development Goals", hervorgegangen, die man mit vereinten Kräften bis zum Jahr 2015 verwirklichen will:

1. den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, halbieren,
2. allen Kindern eine Grundschulausbildung ermöglichen,
3. die Gleichstellung der Geschlechter und die politische, wirtschaftliche und soziale Beteiligung von Frauen fördern, besonders im Bereich der Ausbildung,
4. die Kindersterblichkeit verringern,
5. die Gesundheit der Mütter verbessern,
6. HIV/AIDS, Malaria und andere übertragbare Krankheiten bekämpfen,
7. den Schutz der Umwelt verbessern,
8. eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufbauen.

Aktionsprogramm 2015

Die Bundesrepublik hat sich verpflichtet, an der Verwirklichung der Ziele, die in der Millenniumserklärung, genannt werden, aktiv mitzuwirken. Das Aktionsprogramm 2015 beschreibt den deutschen Beitrag zur Umsetzung der Millenniumserklärung und der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Es ist ein ressortübergreifendes entwicklungspolitisches Rahmenprogramm zur Armutsbekämpfung und dient insbesondere der Koordination, der Wahrung entwicklungspolitischer Kohärenz, der breiten Einbindung der deutschen Zivilgesellschaft sowie der Öffentlichkeitsarbeit bei der Umsetzung der Millenniums-entwicklungsziele.

Nach dem Verständnis des Aktionsprogramms 2015 muss Armutsbekämpfung auf drei Handlungsebenen stattfinden: auf internationaler Ebene, in den Entwicklungsländern und in Deutschland. Die deutsche Entwicklungspolitik strebt Änderungen von internationalen Regelwerken, Vereinbarungen und Institutionen an, um günstigere Rahmenbedingungen als eine Voraussetzung für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Globalisierung zu schaffen. In den Entwicklungsländern unterstützt die Bundesregierung die Partnerregierungen bei der Umsetzung von Programmen und Projekten zur Durchführung struktureller Reformen. In Deutschland fordert das Aktionsprogramm 2015 ein kohärentes Vorgehen aller Politikfelder ein. Darüber hinaus wirbt die Bundesregierung über das Aktionsprogramm 2015 um mehr Verständnis in der deutschen Bevölkerung für die Armutsbekämpfung.

Die zehn wichtigsten Ansatzpunkte des Programms sind:

1. Die wirtschaftliche Dynamik und die aktive Beteiligung der Armen erhöhen,
2. Das Recht auf Nahrung verwirklichen und Agrarreformen durchführen,
3. Faire Handelschancen für die Entwicklungsländer schaffen,
4. Verschuldung abbauen und Entwicklung finanzieren,
5. Soziale Grunddienste gewährleisten und soziale Sicherheit stärken,
6. Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen sichern und eine intakte Umwelt fördern,
7. Menschenrechte verwirklichen und die Kernarbeitsnormen respektieren,
8. Die Gleichberechtigung der Geschlechter fördern,
9. Die Beteiligung der Armen am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichem Leben sichern und verantwortungsvolle Regierungsführung stärken,
10. Konflikte friedlich austragen und menschliche Sicherheit und Abrüstung fördern.

Das Konventionsprojekt Desertifikationsbekämpfung (CCD Projekt)

Durch die Ratifikation der Konvention zur Desertifikationsbekämpfung (UNCCD) hat die Bundesregierung die Verpflichtung übernommen, die Prinzipien der Konvention so konsequent und umfassend wie möglich in ihrer Zusammenarbeit mit den betroffenen Entwicklungsländern zur Geltung zu bringen.

Konsequenz ist, dass der Prozess der UNCCD-Umsetzung in die Strukturen und Prozesse der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit eingebunden wird. Dies wird unter anderem durch das in Bonn ansässige Konventionsprojekt Desertifikationsbekämpfung (CCD Projekt) der GTZ unterstützt, das seit August 1999 im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eingerichtet wurde.

Das Projekt hat den Auftrag

- Konzeptionen und Themen im Zusammenhang mit Desertifikation zu bearbeiten und weiterzuentwickeln
- Partnerschaftsbildung mit internationalen Institutionen und Akteuren im Bereich der UNCCD-Umsetzung zu unterstützen
- die deutschen Institutionen, die von der UNCCD-Umsetzung berührt sind (in erster Linie BMZ, GTZ, InWEnt, KfW und DED), zu beraten und in ihrer Rolle zu unterstützen
- durch Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland Information über die Zusammenhänge von Desertifikation und UNCCD-Umsetzung zur Verfügung zu stellen

Inzwischen ist das CCD Projekt zu einem Schlüsselement geworden

- für die deutsche Unterstützung bei der Umsetzung der UNCCD,
- für die Verankerung der UNCCD und der Desertifikationsproblematik in den deutschen Institutionen („Mainstreaming“) und
- die Beratung des BMZ in internationalen Prozessen.

Das Projekt arbeitet mit dem Sekretariat der UNCCD in Bonn eng zusammen. Es verfügt über ein weltweites Netzwerk von über 100 Mitgliedern, die im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und in unterschiedlicher Weise am UNCCD-Prozess teilnehmen. Dieses Netzwerk wird zum Austausch von Informationen und Erfahrungen, aber auch zu konzeptionellen Diskussionen und fachlichem Austausch genutzt.

Das CCD Projekt unterstützt darüber hinaus ausgewählte Entwicklungsländer und Regionen bei der Umsetzung ihrer Nationalen und Subregionalen Aktionsprogramme. In diesem Zusammenhang steuert das CCD Projekt drei Regionalprojekte in Afrika, Asien und Lateinamerika, die zur Förderung der UNCCD-Umsetzung geschaffen worden sind. In Mittelamerika und der Karibik, in Zentralasien sowie im nördlichen Afrika werden ebenfalls konkrete Pilotmaßnahmen unterstützt. Ziel der Pilotmaßnahmen ist es, neue Ansätze der Desertifikationsbekämpfung zu erproben. Im Zusammenhang mit diesen Aktivitäten ist das CCD Projekt Teil strategischer Partnerschaften, wie z.B. in Zentralasien (siehe dazu auch Projektbeispiele: Zentralasien)

Erfahrungen

Umweltpolitikberatung auf nationaler und internationaler Ebene hat immer eine wichtige Rolle in der deutschen EZ gespielt. Mit der Umweltkonferenz in Rio de Janeiro im Jahr 1992 kam neu hinzu, dass dies zunehmend im Rahmen internationaler Regelwerke und Konventionen geschieht und dass Wirkungen auf internationale Strukturen erzielt werden sollen.

Nachdem mittlerweile fast alle Entwicklungs- und Transformationsländer, die von Desertifikation betroffen sind, Nationale Aktionsprogramme (NAPs) erarbeitet haben, befindet sich die UNCCD jetzt in einer breit gefächerten Umsetzungsphase. Diese soll vor allem dazu beitragen, in den jeweiligen Ländern die Armut zu bekämpfen und die Ernährung der Bevölkerung zu sichern. Insbesondere die Armutsbekämpfung bildete dabei das übergeordnete Hauptziel in der bi- und multilateralen Zusammenarbeit mit diesen Ländern.

Während in den letzten Jahren das Ziel eines nachhaltigen Ressourcenmanagement zunehmend in die Strategien zur Armutsbekämpfung integriert wurde, ist die Umsetzung der NAPs und die Armutsbekämpfungsstrategien in der Praxis oftmals nicht verzahnt, sondern läuft nebeneinander her. Dies beruht auch darauf, dass die zuständigen Ministerien nicht in dem notwendigen Maß zusammenarbeiten und dass eine sektorübergreifende Sichtweise fehlt.

In einer Reihe von Ländern (Senegal, Mauretanien, Niger, Tunesien) ist es mit Unterstützung der deutschen Seite gelungen, die NAPs zur Desertifikationsbekämpfung in Armutsbekämpfungsstrategien und anderen Entwicklungsprogrammen zu verankern. Maßnahmen hierfür waren:

- die Förderung eines sektorübergreifenden Dialogs über „joint missions“,
- Stärkung der Nationalen Koordinierungsorgane,
- Studien zur Rolle der Desertifikationsbekämpfung in der Armutsbekämpfung,
- die Beratung der UNCCD „focal points“ bei der Erstellung von konkreten Vorschlägen für die Verankerung der NAPs in PRSP.

Das Thema „Erhalt der natürlichen Ressourcen“ steht in den betreffenden Ländern in einem „Wettbewerb“ mit anderen politischen Prioritäten. Ob es dennoch gelingt, dieses Anliegen sektorübergreifend in der politischen Strategie eines Landes zu verankern (Mainstreaming), hängt stark von der Durchsetzungsfähigkeit der für die NAPs zuständigen Ministerien ab. Diese müssen vor allem die Planungs- und Finanzministerien „mit ins Boot holen“. Für eine überzeugende Argumentation sind solide, nachvollziehbare Informationen über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Desertifikation notwendig, die für eine gezielte Bewusstseinsbildung (awareness raising) genutzt werden. Daher ist es wichtig, die ökonomische Bedeutung der Desertifikationsbekämpfung sowohl den Ressourcennutzern als auch den Ministerien anhand praktischer Beispiele und konkreter Daten und Analysen zu verdeutlichen. Die Überarbeitung, Aktualisierung und Operationalisierung der NAPs, die in einigen Ländern derzeit auf der Tagesordnung steht, bietet dafür eine Chance.

Mainstreaming in den Partnerländern führt nur dann zum Erfolg, wenn sich nachhaltige Landnutzung auch in den Entwicklungsstrategien der Geber wieder findet. Deutschland unternimmt eine Reihe von Anstrengungen in dieser Richtung. Das BMZ integriert die UNCCD-Umsetzung in strategische Leitlinien und Programme der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere in relevante Sektorkonzepte und Schwerpunktstrategiepapiere (SSPs) sowie in Regionalkonzepte. Es sensibilisiert andere Ministerien und die deutsche Öffentlichkeit für Fragen der UNCCD-Umsetzung und koordiniert die Durchführungsorganisationen im Sinne eines kohärenten Vorgehens.

Perspektiven

Zehn Jahre nach der Unterzeichnung der UNCCD lassen die bisher gesammelten Erfahrungen folgende Schlussfolgerungen und Empfehlungen zu:

1. Die UNCCD hat ein hohes strategisches Potential für die Verbesserung der Landnutzung in den Trockengebieten der Erde. Neueste Initiativen wie TerrAfrica wurden so konzipiert, dass sie eng an die Prinzipien und Zielsetzungen der UNCCD angelehnt sind, und sollen dem nachhaltigen Landmanagement ein größeres Gewicht und langfristige Investitionen sichern helfen.
2. Das strategische Potential der UNCCD ist, zumindest aus Sicht der Erfahrungen der deutschen EZ, bislang nicht ausreichend ausgeschöpft worden:
 - Ministerien, die im Zuge partizipativer Prozessen Nationale Aktionsprogramme erarbeitet haben, fällt es schwer, deren Umsetzung zu organisieren und andere Akteure zu mobilisieren. Die internationale Kooperation stößt hierbei auch an Grenzen, denn die UNCCD-Umsetzung muss auf nationaler Ebene gesteuert und breit verankert werden.
 - Nicht alle laufenden EZ-Projekte zur nachhaltigen Nutzung von Naturressourcen in Trockengebieten und zur Desertifikationsbekämpfung sind in den nationalen UNCCD-Prozess und die NAP-Umsetzung der Partnerländer integriert. Einerseits werden Erfahrungen und Leistungen dieser Projekte nicht ausreichend für die Umsetzung der NAPs genutzt, andererseits werden laufende Vorhaben nicht entsprechend der qualitativen Vorgaben der NAPs neu ausgerichtet.
 - Ein verbessertes Wirkungsmonitoring und eine „kritische Masse“ von lokalen Umsetzungsprojekten sind notwendig, um Erfahrungen für den Umsetzungsprozess verfügbar zu machen.
3. Eine wesentliche Voraussetzung für mehr Investitionen zur NAP-Umsetzung ist die Schaffung neuer strategischer Partnerschaften. Deshalb wird sich Deutschland darum bemühen, innovative Formen der Kooperation und der Finanzierung zu etablieren.
4. Es ist wichtig, dass Desertifikation als prioritäres Problem auf der Agenda der Entscheidungsträger bleibt. Dies setzt voraus, dass glaubwürdige und überzeugende Daten und Informationen über die ökonomischen und sozialen Folgen der Landdegradation zur Verfügung stehen.
5. Die Abstimmung unter den Gebern ist trotz des der bisherigen Ansätze noch unzureichend, was letztlich zu Lasten der Wirtschaftlichkeit geht. Ein Versuch zu mehr Geberabstimmung ist die von Deutschland gemeinsam mit den EU Ländern erarbeitete „COP 6 Initiative“, die von der EU auf der Vertragsstaatenkonferenz in Havanna 2003 vorgestellt wurde.
6. Sicherlich sind mehr finanzielle Mittel notwendig, um die Umsetzung der UNCCD erfolgreich voranzubringen. Die bereits verfügbaren Mittel könnten jedoch bei effektiverem Einsatz wesentlich größere Fortschritte erzielen.
7. Die bisherigen Erfahrungen mit der UNCCD auf der Umsetzungsebene haben in verschiedenen betroffenen Ländern und Regionen eine stärkere Sensibilisierung für das Thema bewirkt (z. B. Südafrika, Zentralasien, Brasilien). Auch werden neue Partnerschaften auf nationaler Ebene geknüpft, z. B mit der Privatwirtschaft in Südafrika. Das lässt zukünftige Fortschritte bei der konkreten Umsetzung von Maßnahmen erwarten. Dabei sollte die Konvention eine wichtige Stütze bieten, indem die Konventionsgremien (COP, CRIC) stärker genutzt werden für den Erfahrungsaustausch zu operativ wichtigen Fragen. Deutschland wird sich gemeinsam mit der EU auf der internationalen Ebene weiterhin dafür einsetzen, die UNCCD stärker mit den bilateralen und multilateralen Konzepten und Ansätzen der EZ zu verknüpfen.

Beispiele aus der Praxis

Die folgenden Projektbeispiele aus Afrika, Asien und Lateinamerika sollen die unterschiedlichen deutschen Erfahrungen im Bereich Desertifikationsbekämpfung veranschaulichen.

In der Dominikanischen Republik geht es um verbessertes Management grenzüberschreitender Wassereinzugsgebiete, die eine zentrale Bedeutung für die Wasserversorgung von Ballungszentren haben.

Das Beispiel Argentinien zeigt, wie die Umsetzung des Nationalen Aktionsprogramms in desertifikationsgefährdeten Gebieten des Landes zu einer Änderung der Landnutzung führen kann.

Die Projektbeispiele aus Marokko und Tunesien beschreiben einen Ansatz, der die Unterstützung auf mehreren Ebenen beinhaltet: angefangen von der Förderung der dörflichen Entwicklungsplanung bis hin zu einer Verbesserung regionaler und nationaler Abstimmungs- und Planungsstrukturen.

In Mali hat die deutsche EZ den Prozess der Desertifikationsbekämpfung von Anfang an begleitet und durch viele Projekte auf lokaler Ebene gefördert. Eines dieser Projekte, welches durch DED-Entwicklungshelfer unterstützt wird, dient der Einrichtung von Baumschulen in der sudano-sahelischen Zone, die stark von Desertifikation betroffen ist.

Die Zusammenarbeit in der zentralasiatischen Region ist ein Beispiel für ein partnerschaftliches Herangehen sowohl der betroffenen Länder untereinander als auch mit deren internationalen Partnern bei der Lösung des Problems der Desertifikation.

In China liegt ein Schwerpunkt der deutschen Unterstützung, insbesondere der finanziellen Zusammenarbeit, auf der Unterstützung der Partner bei Aufforstungsmaßnahmen in stark desertifikationsbetroffenen Gebieten.

In Brasilien ist Desertifikation besonders im Nordosten ein Problem, welches eng mit der Armutsbekämpfung verknüpft ist. Hier werden nationale und regionale Partner von deutscher Seite bei der Erarbeitung und Umsetzung eines nationalen Aktionsprogrammes unterstützt, welches beide Probleme lösen helfen soll.

Lösungswege für die Problematik eines Managements von grenzüberschreitenden Grundwasserressourcen zeigt das Beispiel des von Deutschland unterstützten OSS Projektes „Aquifères du Sahara Septentrional“.

Mali: **Baumschulen für ein grünes Mali**

"Benkadi" ist Bambara, die Sprache der größten Volksgruppe in Mali und heißt wörtlich übersetzt: Es ist gut sich zu begegnen. Benkadi ist auch der Name der Vereinigung der bäuerlichen Baumschulbetreiber im Landkreis Bla, die mit Hilfe des „Projet Agro-Ecologie“ gegründet wurde. Mindestens einmal pro Monat treffen sich die Mitglieder, um Fragen zur Produktion von Setzlingen und deren Vermarktung zu besprechen, um sich gegenseitig mit Materialien auszuweichen und ganz allgemein zum Gedankenaustausch.

Es war ein langer Weg für die engagierten Bauern im Kreis Bla von den ersten selbst gezogenen Setzlingen bis zu einer weitgehend von Projekten unabhängig funktionierenden Vereinigung. Maßgeblich daran beteiligt war das "Projet Agro-Ecologie (PAE) de Bla".

Seit mehreren Jahren haben Entwicklungshelfer des DED im Rahmen des PAE die Arbeit der "Compagnie Malienne pour le Développement des Textiles (CMDT)" unterstützt, vornehmlich auf dem Gebiet des Ressourcenschutzes. Das Hauptanliegen der CMDT sind Anbau und Vermarktung von Baumwolle, weshalb sie sich für den Erhalt der landwirtschaftlichen Produktivität der Böden engagiert. Zudem hatte die CMDT von der malischen Regierung den Auftrag, andere Aspekte der ländlichen Entwicklung mit in ihre Arbeit aufzunehmen. Die Finanzierung des PAE Bla erfolgte ab 1990 durch die Deutsche Welthungerhilfe (DWHH).

Schlagwort: Desertifikation

Der Kreis Bla liegt in der sudano-sahelischen Zone, südlich angrenzend an die Sahelzone, wo das Klima für eine Landwirtschaft in herkömmlicher Form problematisch ist. Viele denken bei "Desertifikation" zuerst an den Sahel, doch sind die südlich angrenzenden, etwas niederschlagsreicheren Zonen genauso betroffen. Auch die Dürren der siebziger und achtziger Jahre blieben dort nicht ohne Folgen.

Schon bald nach der Gründung des PAE Bla 1986 richteten einige Dörfer Baumschulen ein, um den Rückgang des Baumbestandes zu stoppen. Dazu wurden meist zwei Personen aus der Dorfgemeinschaft bestimmt, denen die Verantwortung für den Aufbau übertragen wurde. Über das PAE bekamen sie die nötigen Kenntnisse für die Führung einer Baumschule vermittelt. Die so verwalteten Baumschulen funktionierten in der Regel nur mäßig. Die Arbeiten zur Anzucht von kleinen Pflänzchen, vor allem das Gießen, waren sehr zeitintensiv und blieben an den zuvor bestimmten Verantwortlichen hängen. Seit in Mali nach der Revolution Anfang der neunziger Jahre ein Demokratisierungsprozess einsetzte, lassen sich kollektive Maßnahmen kaum mehr durchführen. Als Reaktion auf diese Erfahrung wurden die Baumschulen privatisiert. Bald zeigten sich Erfolge. Durch den Verkauf von Pflanzen erhielten die Baumschulbetreiber einen kleinen Verdienst, der sie dazu ermutigte weiter zu machen. Das Projekt unterstützte sie dabei in mehrfacher Weise:

- günstige Konditionen für den Erwerb Geräten
- kostenlose Schulungen, z.B. zur Veredelung von Obstbäumen
- kostenloser Transport von Setzlingen zum Pflanzort
- Abnahmegarantie für einen Teil der Produktion von Setzlingen.

Zur Durchführung von verschiedenen Pflanzmaßnahmen, die durch das PAE initiiert oder gefördert wurden, benötigte das Projekt zahlreiche Pflanzen, die es in den Baumschulen vorbestellte.

Aus Liebe zum Baum

Die Baumschule ist weit mehr als eine weitere Einnahmequelle neben Ackerbau und Viehhaltung. Zwar muss für einen Baumschulbesitzer seine Baumschule einen ökonomischen Nutzen haben oder zumindest kostendeckend arbeiten. Die Menschen haben aber auch erkannt, wie wichtig der Baumbestand ist. Einer von ihnen sagte einmal: "On a l'amour pour l'arbre" - "Unser Verhältnis zum Baum ist leidenschaftlich".

Und so werden schließlich auch die meisten Pflanzungen von den Baumschulbetreibern selbst durchgeführt. Sie spielen dadurch eine wichtige Rolle für die Bewahrung der Baum- und Strauchbestände im Kreis Bla. Nicht nur, weil sie Pflanzen produzieren, sondern auch weil sie selbst als engagierte Pflanzler mit gutem Beispiel voran gehen.

In 22 Baumschulen werden 25.000 Setzlinge in großer Bandbreite produziert. Die Baumschulbetreiber haben auch damit begonnen, seltener gewordene einheimische Bäume zu pflanzen. Dies ist von großer Bedeutung, weil fast alle Baumarten von direktem Nutzen sind: Blätter und Früchte für die Nahrung, Viehfutter, handwerkliche Produktion, traditionelle Heilmittel. Die verbliebenen Bestände können die Bedürfnisse häufig nicht mehr befriedigen.

Gemeinsam geht es besser

Eine wichtige Voraussetzung für die Produktion von Setzlingen in den Baumschulen ist deren termingerechte Versorgung mit Pflanzsäckchen, die es in Bla nicht zu kaufen gibt. Zehn Jahre lang hatten Projektmitarbeiter diese Aufgabe übernommen, so dass den Baumschulbetreibern die Umstellung schwer fiel. Alleine konnten sie die organisatorischen Hindernisse kaum überwinden. Unter der Leitung des PAE bekamen einige Baumschulbesitzer die Gelegenheit, eine Vereinigung von Baumschulbetreibern in der ca. 80 km entfernten Stadt Koutiala zu besuchen und deren Mitglieder zu befragen. Die Vorteile solch eines Zusammenschlusses waren offensichtlich und so erfolgte bald darauf die Gründung von "Benkadi" in Bla.

Fit für die Wüstenbekämpfung

Seit der Gründung der "Vereinigung der Baumschulbetreiber im Kreis Bla" wurde vom PAE darauf hin gearbeitet, dass die Baumschulbetreiber ihre Aktivitäten nach Projektende selbstständig weiter führen könnten. Zu den Unterstützungsmaßnahmen zählten:

- Vermitteln spezieller Kenntnisse zur Produktion einheimischer Baumarten;
- Beraten bei der Versorgung mit Pflanzsäckchen;
- Unterstützen beim Einrichten eines zentralen Verkaufsplatzes in Bla
- Einführen in wichtige Aspekte des Managements einer Organisation;
- Schulung in der Verwaltung der Finanzen.

Die Geschichte der bäuerlichen Baumschulen im Kreis Bla zeigt deutlich, wie komplex sich ein einzelner Arbeitsbereich in einem Ressourcenschutz-Projekt gestalten kann. Es ergibt sich ein hoch interessantes und anspruchsvolles Tätigkeitsfeld für Entwicklungshelfer.

Marokko: Desertifikationsbekämpfung mit neuen Partnern

Timbuktu 52 Tage - und das mit dem Kamel, so zeigt der Wegweiser unmissverständlich an. Das Schild steht im Südosten Marokkos in der Provinzstadt Zagora, wo einst die Karawanen zur Durchquerung der Sahara aufbrachen. Inzwischen beginnt die Wüste schon weit vor Zagora; seit Jahren dehnt sie sich immer weiter in Richtung Nordwesten aus. Dass sich die degradierten Bodenflächen derartig ausbreiten, beruht in dieser Region vor allem darauf, dass die Menschen die natürlichen Wasser-, Boden- und Vegetations-Ressourcen übermäßig stark genutzt und dabei deren ökologische Belastbarkeit überfordert haben. Die Situation in Marokko ist heute alarmierend. Unvorhersehbare Dürreperioden sowie der langfristige Klimaveränderungen lassen befürchten, dass nutzbares Land mit zunehmender Geschwindigkeit unwiederbringlich zerstört wird.

Das Königreich Marokko hat im Juni 2001 ein Nationales Aktionsprogramm (NAP) verabschiedet. Verschiedene Partner haben das Land dabei im Rahmen des Regionalprojekts zur Unterstützung der UNCCD in Afrika finanziell unterstützt und durch bilaterale Projekte in Marokko und beim *Observatoire du Sahara et du Sahel* (OSS) intensiv begleitet.

Der Engpass: hoher Reformbedarf in den staatlichen Verwaltungsstrukturen

Das marokkanische Aktionsprogramm stellt die Bekämpfung der Desertifikation in den Zusammenhang mit Armutsbekämpfung und ländlicher Entwicklung. Es unterstreicht, dass Desertifikationsbekämpfung keine isolierte, sektorale und vorwiegend technisch zu lösende Aufgabe ist. Die marokkanischen Autoren des NAP haben erkannt, dass bestimmte institutionelle Rahmenbedingungen entscheidende Engpässe darstellen:

- Bisher sind alle technischen Teilaspekte der Desertifikationsbekämpfung und die dazu gehörenden Budgets jeweils unterschiedlichen Verwaltungseinheiten zugeordnet. Es fehlen Freiräume und geeignete Planungsinstrumente, aber auch die Fähigkeit, eine umfassende, integrierte Betrachtungsweise der Probleme zu finden sowie Lösungen über Sektorgrenzen hinweg zu planen und durchzuführen.
- Trotz anderslautender Bekenntnisse orientiert sich staatliche Sektorpolitik im ländlichen Raum immer noch an zentralstaatlich formulierten Prioritäten - nicht jedoch an den Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung. Umgekehrt erzeugt Ressourcenschutz als isoliertes staatliches Programm bei der Bevölkerung eher Misstrauen und Abwehrhaltung.

Zurzeit suchen die Verantwortlichen mit Unterstützung der GTZ nach Wegen, diese Engpässe zu überwinden.

Neue Wege der Desertifikationsbekämpfung

Das Vorhaben „Programm zur Unterstützung bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsprogramms zur Desertifikationsbekämpfung“ hat im Januar 2003 begonnen. Auf regionaler und lokaler Ebene knüpft es systematisch an die Vorergebnisse und Erfahrungen der deutschen Technischen Zusammenarbeit (TZ) im Ressourcenschutz an und führt die bis dahin laufenden Einzelprojekte unter einem Programmdach zusammen.

Desertifikationsbekämpfung und Armutsminderung im ländlichen Raum müssen zwangsläufig in den Dörfern beginnen. Hier identifiziert sich die lokale Bevölkerung mit ihrem natürlichen Lebensraum; daher können Ressourcenschutz und Entwicklungsmaßnahmen zur Armutsbekämpfung gemeinsam verwirklicht werden. Entscheidend ist es, eine Strategie für eine breit wirksame Umsetzung des NAP zu entwickeln.

- Es ist auf Dauer unabdingbar, dass sich staatliche Instanzen auf der nationalen Ebene institutionell verändern. Marokko treibt derzeit Reformen in Richtung Dezentralisierung und Dekonzentration voran. Solche Schritte schaffen wichtige Rahmenbedingungen und entscheiden mit darüber, ob das Nationale Aktionsprogramm seine langfristigen Ziele erreichen wird. Solche Veränderungen nehmen allerdings einige Zeit in Anspruch; sie haben daher nicht erste Priorität.
- Ohne Zeitverzug können hingegen zivilgesellschaftliche Kräfte eingebunden werden. Die Rahmenbedingungen in Marokko begünstigen eine solche Einbindung. In der Pilotregion Souss Massa Draâ hatten sich bereits unter dem Einfluss eines Vorgängerprojektes etwa 130 Dorfassoziationen zu einem regionalen Dachverband zusammengeschlossen. Dieser Dachverband ist Partner des Vorhabens bei der Erarbeitung von dörflichen Landnutzungsplänen in rund 1600 Dörfern der Region.
- Das Vorhaben tritt mit einem Minimum an eigenen Investitionsmitteln an. Örtliche Zuschüsse werden vorzugsweise dafür eingesetzt, Organisationskapazitäten im Verband der Dorfassoziationen zu schaffen oder zu stärken.
- Es gehört zu dem Lernprozess der Assoziationen und ihres Dachverbandes, Mittel zur Umsetzung der Dorfentwicklungspläne einzuwerben. Einstweilen sorgt das Vorhaben dafür, dass die Dorfentwicklungspläne durch Dritte ganz oder teilweise finanziert werden. Mittelfristig wird sich der Verband der Dorfassoziationen – mit Unterstützung des Vorhabens - selbst für die Einwerbung von Mitteln qualifizieren.
- Finanzierungsquellen für die Umsetzung der Dorfentwicklungspläne sind zum einen die staatlichen Sektorbudgets, bisher insbesondere aus den Ministerien für Landwirtschaft, Forst und Gewässerschutz und Soziale Entwicklung. Mittelgeber sind zum zweiten staatliche oder private Stiftungen beziehungsweise Agenturen; darüber hinaus gibt es multilaterale und bilaterale Geber, die sich zunehmend dafür interessieren, die Umsetzung von Plänen zu finanzieren, die nach den Prinzipien der Partizipation, der Integration und der aufsteigenden Planung erarbeitet worden sind.

Wie geht es weiter?

Die Umsetzung des NAP wird nicht auf die lokale Ebene, die Dörfer, beschränkt bleiben - so notwendig es ist, dort zu beginnen. Sobald die Dorfentwicklungsplanung verankert und der Prozess unter Federführung des Dachverbandes der Dorfassoziationen in Gang gekommen ist, können die weiteren Ebenen - Gemeinden und Provinzen - einbezogen werden.

Für die Zukunft hat das Vorhaben folgende Ziele:

- Die Dorfentwicklungspläne werden auf Ebene der Gemeinden zusammengeführt und miteinander harmonisiert; anschließend werden ihnen „überörtliche“ Elemente hinzugefügt, die aus der Entwicklungsplanung für die Dörfer - mit dem Akzent auf Ressourcenschutz - eine Planung für die Gemeinden machen, die sich auf kommunale Umweltpolitik ausrichtet.
- In den Provinzverwaltungen werden die staatlichen Sektorbehörden dazu motiviert, die gewissermaßen von unten gelieferten territorialen und partizipativen Planungen zu berücksichtigen und sektorale Ressourcen für deren Umsetzung zu mobilisieren.
- Parallel dazu werden auf der Provinzebene Maßnahmen der lokalen Wirtschaftsförderung mit der Zielsetzung begonnen, Wanderungsbewegungen von Land in die Städte möglichst in den Provinzstädten zu binden und dort Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, die es den Menschen gestatten, in der Nähe des ursprünglichen Wohnorts zu verbleiben.

Tunesien: Beratung bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsprogramms

Die Desertifikation bedroht in Tunesien etwa die Hälfte aller Flächen, auf denen Ackerbau, Wald- und Weidewirtschaft möglich sind. Unangemessene Formen der Landnutzung führen dazu, dass die Böden an Fruchtbarkeit und Produktivität verlieren. Weitere Folgen sind: Bodendegradation und -versalzung sowie Erosion durch Wasser und Wind (bis hin zu wandernden Dünen und zur Versandung ganzer Siedlungszentren). Besonders dramatisch ist die Auswirkung der Desertifikation auf die Wasserressourcen, die in Tunesien bereits zu rund 90 Prozent genutzt werden. Desertifikation ist demnach in Tunesien ein gewichtiges Umweltproblem, das vor allem die Lebensbedingungen der armen ländlichen Bevölkerung massiv gefährdet.

Der Kampf gegen Bodendegradation und Desertifikation hat in Tunesien Tradition: Schon seit langer Zeit sucht das Land mit eigenen Mitteln sowie internationaler Unterstützung nach Lösungen. Nicht immer hatten die Investitionen den gewünschten Effekt. Das im Jahr 1998 im Rahmen der UNCCD verabschiedete „*Programme d' Action National de Lutte contre la Désertification*“ (PANLCD) nennt dafür u. a. einige Gründe:

- eine zu starre staatliche Lenkung;
- unzureichende Beteiligung der Bevölkerung;
- Maßnahmen der verschiedenen Sektorministerien verpuffen in ihrer Wirkung, weil sie punktuell und zu wenig miteinander koordiniert sind;
- es wird zu sehr in kurative anstatt in präventive Maßnahmen investiert.

Als großer Erfolg ist zu bewerten, dass die tunesische Regierung ihren PANLCD zu einem festen Bestandteil des 10. Nationalen Entwicklungsplans (2002-2006) gemacht hat.

Der PANLCD zeigt den Lösungsweg an:

- Verstärkung der raumbezogenen Planung auf lokaler Ebene von und mit der Bevölkerung, die die künftige Referenz für sektorübergreifende staatliche Investitionen bilden soll,
- Abstimmung zwischen den verschiedenen Akteuren und ein konsequentes Monitoring des Erfolgs der durchgeführten Aktivitäten.

Hier setzt die Beratung der GTZ an, die seit September 2002 im Auftrag des BMZ die tunesischen Partner bei der Umsetzung des nationalen Aktionsprogramms zur Desertifikationsbekämpfung unterstützt. Die Beratung von deutscher Seite zielt auf eine Stärkung der Planungs-, Koordinierungs- und Managementkapazitäten ausgewählter Mitgliedsinstitutionen des zuständigen Nationalen Rats zur Wüstenbekämpfung (CNLCD) und seines Sekretariats sowie weiterer Organisationen, die sich an der Umsetzung des PANLCD aktiv beteiligen. Insbesondere werden die tunesischen Partner dabei beraten, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Gefahr der Bodendegradation und Wüstenbildung zu schärfen, den erforderlichen institutionellen und normativen Rahmen für die konzertierte Zusammenarbeit sowohl mit anderen wichtigen Bereichen der öffentlichen Verwaltung als auch mit der Zivilgesellschaft zu schaffen, und eine breite Unterstützung diverser einflussreicher nationaler und internationaler Partner für die Umsetzung des PANLCD zu mobilisieren. Darüber hinaus wird ein enger Erfahrungsaustausch mit den Nachbarstaaten des Maghreb und des Mittelmeerraums gepflegt.

Der deutsche Beratungsansatz ist komplex: Institutionenförderung und fachlich-technische Begleitung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene werden miteinander verbunden. De-

sertifikationsbekämpfung wird im Sinn der UNCCD als interinstitutionelle und intersektorielle, insbesondere präventive Querschnittsaufgabe verstanden, die zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Naturressourcen und zur Identifizierung von umweltverträglichen Einkommensalternativen führen soll.

Wichtig ist dabei, horizontale und vertikale Informations-, Kommunikations und Kooperationsbeziehungen zu schaffen zwischen staatlichen, nicht-staatlichen und privaten Akteuren, Nichtregierungsorganisationen (NROs) sowie in- und ausländischen Forschungseinrichtungen. Diese Kommunikation soll allen Beteiligten aufzeigen, welche Rolle sie in dem Prozess einnehmen und welche Beiträge sie zur Desertifikationsbekämpfung leisten können.

Unterhalb der nationalen Ebene haben die Gouvernorate eine Schlüsselstellung. Die verschiedenen Verwaltungen, aber auch die bestehenden zivilgesellschaftlichen Eigeninitiativen und die noch schwach ausgeprägten NROs sind dort wichtige Akteure. In den Gouvernoraten *Kairouan* und *Kebili* werden sie vom Projekt bei der schrittweisen Einführung dezentraler und partizipativer Planungsmethoden unterstützt. Als nächster Schritt ist gemeinsam mit den nationalen Partnern die Erarbeitung **regionaler** Aktionsprogramme zur Desertifikationsbekämpfung (PARLCD) in diesen und anderen Gouvernoraten vorgesehen.

Damit verbinden die tunesischen Partner die Hoffnung, eine tragfähige Basis für eine künftige dezentrale Entwicklungsplanung zu schaffen, die im nächsten Fünf-Jahresplan Tunesiens festgeschrieben werden könnte.

Auf lokaler Ebene hat der gemeinsame Lernprozess zur Ausarbeitung **lokaler** Aktionsprogramme zur Desertifikationsbekämpfung (PALLCD) geführt: Ausgerichtet an konkreten Entwicklungsbedürfnissen werden die Fähigkeiten der Bevölkerung geschult, ihre Zukunft selber aktiv zu planen und mitzugestalten. Dabei prüft man gemeinsam, welche Optionen realisierbar sind, zum Beispiel:

- Sammeln von Oberflächenwasser,
- Nutzung des Wassers kleiner Stauseen,
- Verwendung von salzhaltigem Drainagewasser aus Oasen für Aufforstungen,
- Mitwirkung an Maßnahmen zum Schutz frei lebender Gazellen,
- Möglichkeiten der Beteiligung an ökotouristischen Initiativen,
- der Anbau und die Vermarktung von Bio-Produkten.

Der Schwerpunkt liegt dabei auf jenen Maßnahmen, bei denen die vier Nachhaltigkeitsdimensionen der Desertifikationsbekämpfung gleichberechtigt berücksichtigt werden können: wirtschaftliche Relevanz, ökologische Stabilität und geeignete institutionelle Unterstützung, verbunden mit lokaler sozialer Akzeptanz.

Die bisherigen Erfahrungen mit diesem Beratungsansatz der GTZ unterstreichen die große Bedeutung der Partizipation nicht nur der betroffenen Bevölkerung, sondern auch aller anderen wichtigen Akteure der staatlichen Verwaltung und der Zivilgesellschaft. Dezentralisiertes Vorgehen und sektorübergreifende Ansätze sowie intensive Öffentlichkeitsarbeit haben sich als wichtige Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung des Nationalen Aktionsplans in Tunesien erwiesen.

Tunesien hat die Zuständigkeit für die Konventionen UNCCD zusammen mit UNFCCC und UNCBD im Ministerium für Umwelt und nachhaltige Entwicklung beispielhaft in einer Generaldirektion für Umwelt und Lebensqualität zusammengefasst. Dies sind grundsätzlich gute strukturelle Voraussetzungen, um Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zur Erhaltung der Biodiversität gezielt mit den Bemühungen zur Desertifikationsbekämpfung verknüpfen zu können und sicherzustellen, dass diese Ansätze im Rahmen regionaler Entwicklungsprogramme erfolgreich umgesetzt und die gewünschten Wirkungen erzielt werden können.

Afrika überregional: Das Wasser der Wüste - Management unterirdischer Vorkommen in der Sahara

Unter der Sahara liegt ein gewaltiger Schatz: In den Schichten der *Aquifères du Sahara Septentrional* - dem Nordsaharabecken unter den Ländern Algerien, Tunesien und Libyen - lagern 60.000 Milliarden Kubikmeter Wasser. Diese gewaltige Menge würde einer Wassersäule von 14 Meter über der gesamten Landesfläche der drei Anrainerstaaten entsprechen. Allerdings wird weniger als 0,0017 Prozent (eine Milliarde m³) jährlich durch Niederschläge erneuert. Der größte Teil dieses Wasserreservoirs hat sich über Jahrtausende hinweg angesammelt und hat strategische Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung, ähnlich den Erdölressourcen: Acht Millionen Menschen im trockenen Süden der drei Länder, wo oft weniger als 50 Millimeter Niederschlag pro Jahr fällt, sind von diesen Wasserressourcen abhängig.

Der Wasserbedarf für Landwirtschaft und Trinkwasser, aber auch für den Wirtschaftszweig Tourismus, übersteigt seit Mitte der 80er Jahre den natürlichen Zufluss. 8800 Brunnen und Tiefbohrungen schöpfen gegenwärtig fast dreimal soviel Wasser aus dem Nordsaharabecken als jährlich erneuert wird - und dies mit stark steigender Tendenz.

Die Expertengruppe des *Observatoire du Sahara et du Sahel* (OSS) hat festgestellt, dass die scheinbare Unerschöpflichkeit der riesigen Wassermengen trügt: Selbst wenn die gegenwärtige jährliche Nutzung nicht weiter erhöht wird, ist damit zu rechnen, dass der gesamte Wasserspiegel um 30 Meter sinkt, dass artesischen Brunnen versiegen und die Wasserressourcen in der Nähe natürlicher Salzseen (wie beim *Chott el Djerid* in Tunesien) bis zur Ungeeignetheit versalzen. Werden Entwicklungsszenarien umgesetzt, die eine Erhöhung der Entnahmemengen vor allem zur Bewässerung der wenigen landwirtschaftlichen Nutzflächen vorsehen, könnten die Wasserspiegel der verschiedenen Teile des Beckens bis zu 400 m sinken. Das Wasser an die Oberfläche zu pumpen, wird dann wirtschaftlich unrentabel.

Da die Wasserressourcen sozusagen „grenzüberschreitend“ verlaufen, sind die Länder in der Nutzung voneinander abhängig: Die Wasserentnahme Algeriens beeinflusst die Wasserverfügbarkeit in Tunesien, die Entnahme Tunesiens die Verfügbarkeit in Libyen und umgekehrt. Dies könnte wie in anderen Fällen zu Konflikten zwischen den beteiligten Staaten führen. Dazu ist es bisher nicht gekommen, im Gegenteil: es besteht ein konstruktiver Dialog zu gemeinsamen Lösungswegen.

Die deutsche Seite unterstützt das OSS und seine Partnerländer in Kooperation mit Frankreich, der Schweiz sowie internationalen Organisation (IFAD, GEF, FAO) seit 1996 dabei, grundlegendes Wissen für eine künftige abgestimmte Nutzungspolitik zu gewinnen. Ausgefeilte Modelle und Simulationen erlauben eine genaue Vorhersage darüber, wie sich bestimmte Nutzungsszenarien auswirken werden.

Die künftige Arbeit wird sich auf darauf konzentrieren, einen Konsultations- und Abstimmungsmechanismus zwischen den betroffenen Ländern zu unterstützen, die soziökonomischen Auswirkungen der verschiedenen Nutzungsszenarien zu analysieren und lokale Modelle sowie alternative Nutzungsstrategien (Einführung und Umsetzung wassersparender Technik in Landwirtschaft, Industrie und Haushalt, Recycling von Abwässern und salzhaltigem Wasser) zu verbessern.

Die Länder Tunesien, Algerien und Libyen sind auf einem konstruktiven gemeinsamen Weg. Aus den Erfahrungen lassen sich einige Erfahrungen („best practices“) ableiten, die auf andere Regionen mit ähnlichen Problemen übertragbar sind:

- Eine solide Datenlage hat die Grundlagen für ein besseres Verständnis der Problematik gebildet und geholfen, Entscheidungsträger zu informieren und zu sensibilisieren.
- Die Ergebnisse sind immer wieder der kritischen Begutachtung durch eine „peer group“ anerkannter Fachleute unterworfen worden, um die Qualität und damit die Vertrauenswürdigkeit der Daten und der darauf aufbauenden Modelle und Simulationen abzusichern.
- Die betroffenen Behörden in den Partnerländern sind in jedem Stadium des Projektes in Entscheidungen einbezogen und informiert gewesen und haben den vollständigen Zugriff auf alle Daten. Dies schafft Vertrauen in die weitere Kooperation.
- Das OSS hat die Kooperation der Länder als neutraler Partner ohne Eigeninteresse gefördert. Es war Vermittler für qualifizierte Expertise auf der einen und neutraler Moderator für die notwendigen Dialog und Vertrauensbildungsprozesse auf der anderen Seite.
- Das Projekt genießt eine politische Rückendeckung durch die zuständigen Stellen der drei Länder, die die Bedeutung ihrer Zusammenarbeit erkannt haben.

Gegenwärtig ist das OSS dabei, die Erfahrungen auch auf die Untersuchung der tiefen Grundwasserressourcen des Iullemenden, das von Mali, Niger und Nigeria geteilt wird, zu übertragen.

Argentinien: Nachhaltige Entwicklung in Trockengebieten

Argentinien hat eine Fläche von 2,8 Millionen km² und ist damit fast achtmal so groß wie Deutschland, 75 Prozent davon sind Trockengebiete (aride und semiaride Zonen). Hier leben etwa 30 Prozent der Gesamtbevölkerung, also rund 10 Millionen Menschen. 80 Prozent der Landesfläche werden für land- oder forstwirtschaftliche Aktivitäten genutzt. In Argentinien ist heute rund ein Fünftel der gesamten Landesfläche von Desertifikation bedroht, und jedes Jahr kommen rund 6500 km² in land- und viehwirtschaftlichen Arealen hinzu. Die massive Rodung der Naturwälder, die Überweidung bzw. das Abbrennen der Steppenvegetation sowie unangemessene Methoden zur Bodenbearbeitung und Bewässerung in den Trockenregionen haben dazu geführt, dass Vegetationsdecke und Bodenfruchtbarkeit zurückgegangen sind, Erosion und Versalzung dagegen zugenommen haben.

In der Folge geht die Produktionskapazität zurück, und die Bevölkerung erleidet wirtschaftliche Einbußen. Der fortschreitende Desertifikationsprozess behindert die Entwicklung des Landes und treibt insbesondere die ländliche Bevölkerung der Trockenzonen zunehmend in die Armut. Denn Kleinbauern sind von der fortschreitenden Zerstörung der natürlichen Ressourcen besonders stark betroffen. In Patagonien, dem riesigen Südteil Argentiniens, beispielsweise führte eine einseitige, nicht an die natürliche Tragfähigkeit angepasste Schafhaltung dazu, dass die Steppenvegetation auf weiten Flächen degradierte. Damit waren dann auch die Futterquellen für die Herden eingeschränkt oder völlig zerstört. Die Folge: Die Betriebe werden unwirtschaftlich, und die Armut der Bevölkerung wächst. Immer mehr Menschen wandern auf der Suche nach neuen Einkommensquellen in die Städte ab.

Im Norden Argentiniens wird die Subsistenzwirtschaft durch sinkende Einkünfte, unangepasste und unrentable Anbaumethoden, schlechte Vermarktungsmöglichkeiten, ungeklärte Eigentumsverhältnisse, fehlendem Zugang zu öffentlicher Infrastruktur und Mangel an alternativen Einkommensquellen bedroht.

Zusätzlich ist in den letzten Jahren, insbesondere in der Chaco-Region an der Grenze zu Bolivien und Paraguay, zu beobachten, dass die Anbauflächen für den Sojaexport dramatisch anwachsen - oft verbunden mit der Vertreibung von Kleinbauern mit unklaren Landbesitztiteln und der Zerstörung großer Waldflächen.

Argentinien ratifizierte 1997 die internationale Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation (*United Nations Convention to Combat Desertification, UNCCD*) und erarbeitete wenig später ein Nationales Aktionsprogramm (NAP). Dieses Programm war eines der ersten in Lateinamerika, wurde vorbildlich partizipativ erarbeitet und genießt internationale Anerkennung.

Die deutsche Technische Zusammenarbeit war in den Trockengebieten Argentiniens bereits lange vor Inkrafttreten der Konvention präsent. Über 15 Jahre hinweg wurden in Patagonien sowie in den Provinzen Salta und La Rioja/Catamarca Maßnahmen der Desertifikationsbekämpfung unterstützt. Diese Projekte sind inzwischen erfolgreich beendet, ihre Ergebnisse liefern heute die Basis für die deutsche Unterstützung bei der Umsetzung des NAP. Seit 1998 läuft das GTZ-Projekt „Nachhaltige Entwicklung arider und semiarider Zonen in Argentinien“, das die Umsetzung und Verankerung des NAP in Argentinien unterstützt. Das Projekt fördert insbesondere die Koordinierung der Maßnahmen von staatlichen sowie nichtstaatlichen Akteuren. Seine Grundzüge sind:

1. Institutionalisierung des NAP

- Vernetzung der Akteure,
- Schaffung und Unterstützung von Dialog- und Verhandlungsforen,
- Dezentralisierung
- Stärkung der Institutionen
- Integration verschiedener Monitoringansätze zur Evaluierung des NAP

2. Wissensmanagement

- Aufarbeitung von Best Practices und Lessons Learnt
- Identifikation und Mobilisierung von internen und externen Finanzierungsquellen und
- Wissensmechanismen.
- Sensibilisierung und Beratung der politischen Entscheidungsträger und Netzwerkpartner für die Desertifikationsproblematik.

Von der nationalen....

Das Nationale Aktionsprogramm wurde in einer vom Umweltsekretariat verabschiedeten Resolution gesetzlich verankert und als Basisdokument für die Desertifikationsbekämpfung offiziell anerkannt. Ein intersektorales Beratungskomitee (Comisión Asesora Nacional, CAN), das sich aus staatlichen und nichtstaatlichen Vertretern der verschiedenen Regionen und Ebenen (national, provinzial und lokal) sowie dem *Focal Point* zusammensetzt, macht Vorgaben zur weiteren Umsetzung des NAP und berät die Regierung bezüglich weiterer wichtiger Umsetzungsschritte. Derzeit wird die Umsetzung des Nationalen Aktionsprogramms auf Provinzebene verstärkt. Dies ist von besonderer Bedeutung, da im föderalen Argentinien die Provinzen für das Ressourcenmanagement zuständig sind. Diese auf nationaler und Provinz-Ebene gesetzlich verankerten Programme und die übergreifende Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen sind ein wichtiger Schritt hin zu einer erfolgreichen Umsetzung des Nationalen Aktionsprogramms auf der dezentralen Ebene.

Auf Basis der Konvention wurden in einem partizipativen Prozess Qualitätskriterien für die Durchführung konkreter Maßnahmen auf lokaler und regionaler Ebene erarbeitet.

...zur dezentralen Umsetzung des NAP

Mit Hilfe dieser Qualitätskriterien wurden bisher landesweit 15 regionale Projekte für die Umsetzung des Nationalen Aktionsprogramms ausgewählt. Zuständig für die Durchführung in den Trockengebieten sind Nichtregierungsorganisationen oder lokale Stationen des nationalen Agrarinstitutes, die mit Basisorganisationen und Gemeinden zusammenarbeiten. Sie werden durch diese Zusammenarbeit in ihrer Organisationsentwicklung unterstützt und institutionell gestärkt. Zudem werden Fonds eingerichtet, bei denen sich Kleinbauern Geld für eine bestimmte Zeit leihen können, um damit in die Diversifizierung und Verbesserung ihrer Produktion zu investieren (z. B. für Saatgut, Tiergesundheit, Infrastruktur). Ein einfach anzuwendendes, partizipativ erarbeitetes Monitoringsystem erfasst die Wirkungen auf der lokalen Ebene. Parallel dazu werden die institutionellen Prozesse und der landesweite Desertifikationsprozess bewertet. Die Erfahrungen werden dann wiederum an das NAP zurückgegeben, um den weiteren Prozess zu optimieren, und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, um die Bevölkerung zu informieren und weiterzubilden.

Als ein Beispiel der erfolgreichen Arbeit im politischen Kontext gilt das im Jahr 2001 vom argentinischen Kongress verabschiedete Gesetz zur nachhaltigen Schafhaltung Patagoniens (*La Ley Ovina*). Die Initiative für das Gesetz wurde im Kontext des von 1990 bis 2002 durchgeführten Projektes „Desertifikationsbekämpfung in Patagonien“ der Technischen Zusammenarbeit (TZ) entwickelt. Das Gesetz sieht beispielsweise vor, Kriterien und Richtlinien für ein nachhaltiges Weidemanagement zu entwickeln und einzuführen, regionale Veranstaltungen zur Weiterbildung der Techniker anzubieten und die Umsetzungsorganisationen zu unterstützen. Dieses Gesetz zeigt, wie wichtig es ist, dass lokale Maßnahmen regional und national untermauert und verankert sind.

Durch die frühzeitige Erstellung des NAP verfügt Argentinien über einen Erfahrungsschatz, der es dem Land heute erlaubt, der Desertifikationsbekämpfung ganz neue Impulse zu geben.

Brasilien: Stärkung der Akteure zur Umsetzung des Nationalen Aktionsprogramms zur Desertifikationsbekämpfung

Die ersten Assoziationen, die man hat, wenn man an Brasilien denkt, sind der größte noch intakte Regenwald der Erde und der mehrere Tausend Kilometer lange Küstenstreifen, der mit seinen tropischen Palmenstränden Touristen aus aller Welt anlockt. Allerdings hat Brasilien auch ein anderes Gesicht, zum Beispiel den von Dürreperioden geplagten Nordosten, der als das „Armenhaus“ dieses größten lateinamerikanischen Landes gilt.

Insgesamt sind elf Bundesstaaten (Maranhão, Piauí, Ceará, Rio Grande do Norte, Paraíba, Pernambuco, Alagoas, Sergipe, Bahia, Minas Gerais sowie Espírito Santo) von Desertifikationsprozessen betroffen. Dies entspricht einer Fläche von 1.338.076 km² (15,72% der Gesamtfläche Brasiliens) und damit ungefähr der dreifachen Größe von Deutschland. Hier leben 31,6 Millionen Menschen, 18,65 Prozent der brasilianischen Gesamtbevölkerung. Davon sind 18 Millionen unmittelbar von Desertifikationsprozessen betroffen, mehr als 15 Millionen leben unter der Armutsgrenze. Die Niederschläge in dieser Region sind gering und unregelmäßig, häufig treten lange Trockenperioden auf. Das Gebiet beherbergt das einzigartige Ökosystem der „Caatinga“, ein tropischer Trockenwald, der eine große Artenvielfalt (Biodiversität) aufweist. Dieses Ökosystem ist jedoch mittlerweile auf rund 44 Prozent seiner ursprünglichen Ausdehnung geschrumpft.

Der Trockenwald in dieser Region wird zunehmend abgeholzt, um landwirtschaftliche Nutzflächen zu schaffen und Energie zu gewinnen für die Haushalte sowie die heimische Keramik- und Gipsindustrie. Diese Abholzung sowie die nachfolgende Überweidung der landwirtschaftlichen Flächen sind die Hauptgründe für eine immer weiter voranschreitende Zerstörung des Bodens, der Vegetation und des natürlichen Wasserhaushaltes. Erschwerend kommt hinzu, dass die Bewässerungssysteme Mängel aufweisen, die eine Versalzung der Böden begünstigen, und dass die (überwiegend als Monokulturen) angebauten Nutzpflanzen nicht an die besonderen Anforderungen des empfindlichen Ökosystems angepasst sind. Staatliche Förderprogramme verstärken zum Teil noch die Degradierungsprozesse. So werden immer noch Bewässerungsprojekte gefördert, die keine angemessene Drainage vorsehen; man vergibt zudem Kredite für Monokulturen wie Kaffee und Baumwolle sowie für Industrien, die keine umweltschonenden Energiekonzepte verfolgen.

Im brasilianischen Nordosten ist die Bevölkerungsdichte mit 29 Einwohnern pro km² vergleichsweise hoch; rund 70 Prozent der nutzbaren Fläche gehört Großgrundbesitzern. Da die Fruchtbarkeit der Böden laufend abnimmt und Möglichkeiten fehlen, neues Land urbar zu machen, müssen sich die verbleibenden kleinbäuerlichen Familien durch eine karge Subsistenzwirtschaft (Selbstversorgung) behelfen, wenn sie nicht gleich in die größeren Städte der Region abwandern.

Im Rahmen des Programms „Armutorientierte Regionale Entwicklung im Nordosten Brasiliens“ unterstützt Deutschland seit Januar 2004 die Umsetzung der UNCCD-Konvention in Brasilien. Hierbei handelt es sich um ein Projekt der Technischen Zusammenarbeit in Kooperation mit dem brasilianischen Umweltministerium und einem Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen (Articulação no Semi-Árido, ASA). Das Vorhaben hat sich zum Ziel gesetzt, die staatlichen Fördermaßnahmen an die sozialen und ökologischen Anforderungen der Trockenzone anzupassen. Zu diesem Zweck wurde zunächst mit allen Beteiligten ein Nationales Aktionsprogramm (NAP) erarbeitet. Hierzu musste ein Prozess gestaltet und koordiniert werden, an dem Bauern, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NROs), Regierungsbe-

amte, Politiker und andere interessierte Bevölkerungsgruppen in den elf Bundesstaaten der betroffenen Region beteiligt waren.

Dieses Aktionsprogramm soll in den kommenden Jahren zielstrebig umgesetzt werden. Der Erfolg hängt vor allem von den Kenntnissen und Fähigkeiten der Verantwortlichen im Umweltministerium, den NROs und den Regierungen der Bundesstaaten ab. Das Vorhaben wird sich deshalb auf eine entsprechende Fortbildung und Beratung konzentrieren. In praxisbezogenen Kursen und Übungen werden sie in die Lage versetzt zu bewerten, wie sich ihr politisches Handeln auf die Umwelt auswirkt, wie man den Dialog zwischen den Interessengruppen gestalten und schließlich konkrete Maßnahmen einleiten kann, die dazu beitragen, die Desertifikation zu bekämpfen. Das Umweltministerium wird schließlich darin unterstützt, im Rahmen des Aktionsprogramms ein einfaches, aber aussagekräftiges Monitoringsystem einzuführen. Dieses System dient dazu einzuschätzen, welche Erfolge - oder auch Misserfolge - sich beim Kampf gegen die Desertifikation eingestellt haben.

Deutschland unterstützt darüber hinaus seit vielen Jahren Projekte, die durch neu entwickelte Lösungskonzepte dazu beitragen, die kleinbäuerliche Landwirtschaft besser an die spezifischen ökologischen Bedingungen in einem solchen Trockengebiet anzupassen. In verschiedenen Bundesstaaten des Nordostens sind dazu ländliche Berater fortgebildet und die Konditionen der Kreditvergabe an kleinbäuerliche Bedürfnisse angepasst worden. Seit einiger Zeit werden auch Dienstleistungen für den Ökolandbau angeboten. So war in den Bundesstaaten Espírito Santo und Bahia die technische Zusammenarbeit maßgeblich daran beteiligt, ein für Kleinbauern zugängliches Öko-Zertifizierungssystem aufzubauen, das den Bauern bessere Vermarktungsmöglichkeiten und höhere Erlöse für Produkte aus nachhaltiger Produktion ermöglicht.

Dominikanische Republik und Haiti: Wasser als Schlüssel für nachhaltige Entwicklung

Als Kolumbus 1492 die Insel Hispaniola erreichte, schrieb er in sein Tagebuch: „Ein schöneres Land hat noch kein Menschaugen erblickt, nirgendwo ist die Natur so unermesslich üppig, so grün, so unberührt“.

Der Osten dieser karibischen Insel bildet heute die Dominikanische Republik, der Westen Haiti. In Haiti sind nur noch etwa drei Prozent der Landfläche mit Wald bedeckt. Die Dominikanische Republik weist zwar noch etwa 23 Prozent Waldfläche auf, verliert jedoch jährlich davon rund 240 Quadratkilometer durch Abholzung, die vor allem durch fehlende Konzepte zur nachhaltigen Waldnutzung verursacht wird. Darüber hinaus fehlen Besitztitel für das Land, und es gibt keine hinreichende Entwicklungsstrategie für den ländlichen Raum.

In der Dominikanischen Republik sind mindestens 40 Prozent, in Haiti bereits über 90 Prozent der Böden durch Entwaldung und nicht angepasste Bewirtschaftung stark degradiert. Die Folgen dieser Entwaldung zeigen sich in den letzten Jahren immer drastischer: Alljährlich zur Regenzeit kann der Boden die tropischen Regenmassen nicht mehr aufnehmen und es treten schwere Überschwemmungen auf.

Der Schutz der natürlichen Ressourcen hat in der deutschen Technischen Zusammenarbeit (TZ) eine lange Tradition, auch in Haiti und in der Dominikanischen Republik. Die TZ konzentriert sich in der Dominikanischen Republik auf Projekte zur ländlichen Entwicklung und insbesondere darauf, die Lebensgrundlagen der Bevölkerungsschichten zu sichern, die von der Zerstörung der Ressourcen betroffen sind. Parallel zur Politikberatung auf nationaler Ebene fördert die TZ auf regionaler und lokaler Ebene partizipative Planungsprozesse sowie die Verbreitung nachhaltiger Produktionsmethoden.

Erfolgreiche Beispiele für abgeschlossene TZ-Projekte auf lokaler und regionaler Ebene sind „Nachhaltige Bewirtschaftung des Trockenwaldes“ im Südwesten der Dominikanischen Republik sowie „Ländliche Entwicklung der Region Ocoa“. Im Rahmen dieser beiden Projekte konnte die Lebensbedingungen von 7.000 bzw. 12.000 Familien verbessert werden.

Damit spürbare Veränderungsprozesse in den Partnerländern begonnen und verankert werden sollen, muss die TZ noch stärker strukturbildend wirken. Das ist nur möglich, wenn TZ-Projekte - auf der Grundlage der direkten Arbeit mit den Zielgruppen - auch in der Strategieentwicklung auf nationaler Ebene beraten, damit nationale Wirtschafts- und Ressourcennutzungs-Programme entstehen können.

„Management natürlicher Ressourcen: Wasser als Chance für Entwicklung“

Für das GTZ-Team in der Dominikanischen Republik stellte sich die Frage, warum die politischen Entscheidungsträger bisher die Ergebnisse der Einzelprojekte nicht stärker in ihre politische Planung einbezogen hatten. Dabei stellte sich heraus: Die Verbesserung der Lebenssituation von 7.000 kleinbäuerlichen Familien, die 200 Kilometer von der Hauptstadt entfernt leben, fällt angesichts der großen ökonomischen und sozialen Probleme des Landes nicht sichtbar ins Gewicht. Die politischen Entscheidungsträger des Landes sehen ein solches Vorhaben nicht als signifikanten Beitrag zur Gesamtentwicklung des Landes.

Daher steht das TZ-Programm nun vor der Aufgabe, mit begrenzten Mitteln deutliche und nachhaltige Beiträge für die Gesamtentwicklung des Landes zu leisten. Erstaunlicherweise scheint diese Herausforderung leichter erfüllbar zu sein, als zunächst zu vermuten war.

Der Schlüsselfaktor für eine nachhaltige Entwicklung ist das Wasser. Gerade in diesem Punkt zeigt sich die besondere Bedeutung des ländlichen Raums für die Gesamtentwicklung der Dominikanischen Republik. Die Versorgung mit Wasser ist angesichts der katastrophalen Situation im Nachbarland Haiti für die dominikanische Entwicklungsplanung von entscheidender Bedeutung. In Haiti ist in unmittelbarer Nähe zu verfolgen, welche Folgen die ungebremste Entwaldung und Degradation der Böden für die Wasserversorgung (Trinkwasser,

Bewässerungswasser, Hydro-Energie) hat und wie eine solche Entwicklung das gesamte Land verarmen lässt. Dies ist den politischen Entscheidungsträgern in der Dominikanischen Republik auch bewusst.

Das geplante Vorhaben „Schutzgebietsmanagement Nationalpark *Los Haitises*“ und das laufende Projekt „Wassereinzugsgebiets-Management am Oberlauf des *Rio Yaque del Norte*“ (ein Kooperationsvorhaben von GTZ, KfW und DED) waren bisher vor allem darauf ausgerichtet, die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung zu verbessern, indem nachhaltige Bewirtschaftungsformen eingeführt und eine weitere Degradation der Böden gestoppt wird; dazu sollten vor allem forstwirtschaftliche Maßnahmen sowie der Anbau von tropischen Dauerkulturen dienen. Doch die dort lebende kleinbäuerliche Bevölkerung kann auch einen wertvollen Beitrag dazu leisten, die Wasserressourcen des Landes zu sichern - zum Beispiel durch Maßnahmen zum Erosionsschutz sowie in der Forstwirtschaft, die wichtig sind für die Regulierung des Wasserhaushaltes des *Rio Yaque*. Dieser Beitrag wurde jedoch in der konzeptionellen Ausrichtung der Projekte bisher kaum ins Auge gefasst.

Das Karstgebiet des Nationalparks *Los Haitises* ist schon heute sehr wichtig für die Trinkwasserversorgung der Hauptstadt Santo Domingo (drei Millionen Einwohner) sowie für weitere Städte und Touristenzentren an der Südküste (nochmals etwa 350.000 Menschen). Der Anteil, den *Los Haitises* zur Trinkwasserversorgung beisteuern wird, dürfte in den nächsten 10 bis 15 Jahren auf ca. 60 bis 80 Prozent steigen. Der *Rio Yaque del Norte* liefert Trinkwasser für *Santiago de los Caballeros*, die zweitgrößte Stadt der Dominikanischen Republik (ca. 800.000 Einwohner), das Wasser für zwei Stauseen (Speicherkapazität: 790 Millionen Kubikmeter) sowie Kraftwerke mit einer Stromerzeugung von 260 Gigawatt pro Jahr; aus ihm stammt zudem das Wasser für das größte Bewässerungsgebiet (77.000 Hektar und 1300 landwirtschaftliche Betriebe) im Nordwesten des Landes (Reis, Bananen, Tabak).

Grenzüberschreitende Desertifikationsprobleme – gemeinsame Lösungsansätze

Als weitere Schwerpunktregion der deutschen TZ wurde das grenzüberschreitende Wassereinzugsgebiet des *Rio Artibonito* identifiziert. Der Fluss entspringt in der Dominikanischen Republik und speist in Haiti den Stausee *Lac du Peligre*, der das wichtigste Bewässerungsareal Haitis versorgt und für die Stromversorgung des Landes entscheidend ist, der aber durch eingeschwemmtes Material zunehmend zu versanden droht.

In dem Projekt „Armutsminderung durch nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen im grenzüberschreitenden Einzugsgebiets des Rio Artibonito“ stellt die TZ von Beginn an den volkswirtschaftlichen Nutzen der geplanten Maßnahmen in den Mittelpunkt: 30.000 Hektar bewässerte landwirtschaftliche Nutzfläche in Haiti, die vom Rio Artibonito mit Wasser versorgt werden, sowie dessen Bedeutung für die Stromerzeugung sind gewichtige Argumente für eine nachhaltige Nutzung der Ressource Wasser.

Zielgruppe des Projekts sind die Landnutzer selbst, vor allem die Kleinbauern in den vier Einzugsgebieten des Flusses, die als Projektregionen ausgewählt wurden. Mehr als 80 Prozent der Familien in diesem Gebiet leben unterhalb der Armutsgrenze. Kernelemente des in Zusammenarbeit zwischen der GTZ und dem DED durchgeführten Vorhabens sind:

- Landnutzungspläne zu erarbeiten,
- die Dienstleistungen der lokalen Behörden und ihrer Zusammenschlüsse zu verbessern, sowie
- Praxismodelle für nachhaltige Landwirtschaft, Bodenkonservierung und Aufforstungsprogramme einzuführen.

Darüber hinaus wird angestrebt, eine integrative „Aktionsplattform“ zu schaffen. Diese zielgruppennahe Plattform soll ähnlich interdisziplinär arbeiten wie das Koordinierungsorgan der

„Grupo Técnico Inter-Institucional“ (GTI), das in der Dominikanischen Republik auf nationaler Ebene eingerichtet wurde, um die UNCCD umzusetzen. Das Regionalprojekt „Desertifikationsbekämpfung in Zentralamerika und der Karibik“ unterstützt das Koordinierungsorgan dabei, ein Nationales Aktionsprogramm (NAP) zur Desertifikationsbekämpfung zu erarbeiten und umzusetzen. In der Aktionsplattform vertreten sind nationale Regierungs- sowie Nichtregierungs-Organisationen, internationale Organisationen sowie zunehmend auch der Forschungs- und Privatsektor.

Dieser regionale TZ-Ansatz (mit Honduras, Haiti, Dominikanische Republik als Pilotländer) fördert zudem einen umfassenden Erfahrungs- und Informationsaustausch sowie ein grenzübergreifendes Wissensmanagement. Auf diese Weise können Erfahrungen, die auf lokaler Ebene gewonnen wurden, in den nationalen und in den internationalen Dialog einfließen und die Süd-Süd Kooperation stärken.

Diese Aktivitäten machen deutlich, wie im Rahmen der „Entwicklungskonvention“ UNCCD die ländliche Entwicklung sowie der Schutz und die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen darauf ausgerichtet werden können, die Gesamtentwicklung eines Landes oder einer Region voranzubringen. Auf diese Weise wird die TZ auch ein Instrument, das Strukturen und Bewusstsein bildet.

China: FZ unterstützt die Forstentwicklung und Desertifikationskontrolle

Seit Mitte der 80er Jahre hat der Umweltschutz in der VR China an Bedeutung gewonnen. Nicht nur diverse Aufforstungs- und Wüstenbekämpfungsprogramme (insbesondere das „Drei-Norden-Schutzwaldprogramm“ und das „Yangtze-Schutzwaldprogramm“), sondern auch gesetzgeberische Reformmaßnahmen wie die Verabschiedung von Einschlagstopps und Weidebeschränkungen dokumentieren den politischen Willen zum Ressourcenschutz. So hat nach einer langen Periode rückläufiger Entwicklung die Gesamtwaldfläche in den letzten Jahren wieder etwas zugenommen.

Der chinesische Forstsektor steht vor der Herausforderung, einerseits wichtige ökologische Funktionen wahrzunehmen (z.B. ist ca. ein Drittel des Landes potentiell desertifikationsgefährdet), andererseits existiert ein enormer inländischer Bedarf an Holzprodukten. China ist weltweit drittgrößter Verbraucher von Holz, die Ressourcenausstattung ist aber begrenzt. Die durchschnittliche Waldfläche je Kopf der Bevölkerung liegt mit 0,11 ha deutlich unter dem Weltdurchschnitt von 0,77 ha. Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre erhöht die Anforderungen an die Holzproduktion zusätzlich, während vor allem im Hinterland Armut die Bevölkerung in waldgefährdende und erosionsverursachende Aktivitäten treibt (z.B. Ackerbau oder Weidenutzung auf Steilhängen). Die resultierende starke Ausbeutung der Wälder wird begleitet von einer Verschlechterung der Schutzfunktionen mit Folgen wie Erosion, Verminderung der Bodenfruchtbarkeit, Desertifikation sowie Verlust an Biodiversität. Gleichzeitig mit der sich zunehmend öffnenden Schere zwischen Holzverbrauch und nachhaltiger Holzproduktion steigt der Bedarf an Holzimporten stetig. China ist heute als eines der wenigen Entwicklungsländer ein wichtiger Holzimporteur (1999: Importanteil von 45 % des kommerziell verbrauchten Holzes) und übt als starker Nachfrager auch Druck auf die Wälder in anderen asiatischen Ländern und sogar außerhalb Asiens aus.

Die Forstvorhaben in den nordchinesischen Provinzen Gansu, Hebei, Innere Mongolei, Liaoning, Ningxia, Shaanxi und Shanxi sind in das 1978 ins Leben gerufene "Drei-Norden-Schutzwaldprogramm" eingebunden, das insgesamt 13 Provinzen umfasst und im Zeichen der Desertifikationsbekämpfung steht. In den südchinesischen Provinzen arbeitet die FZ mit den Forstbehörden der Provinzen in Yunnan, Sichuan, Chongqing, Hubei, Hunan, Anhui und Jiangxi zusammen, um im Rahmen des chinesischen „Yangtze-Schutzwald-Programms“ die Erosion an Hangflächen und so auch die Sedimentfracht der Flüsse im Einzugsgebiet des Yangtze zu mindern. Das deutsch-chinesische FZ-Engagement im Forstsektor begann 1993 mit dem Aufforstungsvorhaben Shaanxi I. Mittlerweile sind die Projekte in Ningxia, Shaanxi, Hebei, Anhui und Yunnan abgeschlossen. In den Provinzen gibt es Folgeprojekte in anderen Regionen, die auf den positiven Erfahrungen mit den Forstbehörden aufbauen. Dabei rücken in den südchinesischen Partnerprovinzen aufgrund der mittlerweile wieder gestiegenen Waldflächen nachhaltige Bewirtschaftungsformen in den Vordergrund der Kooperation. Oberziel aller Projekte ist es, einen Beitrag zur Ressourcensicherung (Stabilisierung und Rehabilitation ökologisch degradierter Vegetationszonen) sowie zur Einkommenssteigerung der ländlichen Bevölkerung in den Projektgebieten (Armutsminderung) zu leisten. Projektziel ist die partizipative Planung und nachhaltige Bewirtschaftung von insgesamt rd. 292.000 ha neu angelegter und in Wert gesetzter Schutz- und Nutzmischwälder durch die lokale Bevölkerung, die über die Projekte die Nutzungstitel an den Wäldern erhält.

Projektschwerpunkte sind die Aufforstung und Förderung von Naturverjüngung auf überwiegend stark degradierten, teilweise durch Wüstenausbreitung (Nordchina), teilweise von Wassererosion (Südchina) bedrohten Flächen sowie die Einkommenssteigerung der Bauern durch Bezahlung der Umweltdienstleistungen (kurzfristig), durch Erträge von Fruchtbäumen (mittelfristig) und Steigerung des forstwirtschaftlichen Anteils am bäuerlichen Einkommen (langfristig). Daneben beinhaltet der Maßnahmenkatalog biologische und mechanische Erosionsschutzvorrichtungen, einen Ausbau der Infrastruktur, die Beschaffung von Projektaus-

rüstungen sowie Beratung zu Forsttechnik, IT und Management mit entsprechenden Fortbildungsveranstaltungen („Capacity Development“). Die Vorhaben streben an modellhaft moderne, standortgerechte und nachhaltige Waldbewirtschaftung einzuführen. Waldbewirtschaftung ist hierbei im weiteren Sinne zu verstehen, da häufig das Produktionspotential der Flächen gering ist und der Schutzcharakter der Maßnahmen überwiegt. Außerdem kommen auch agro- und silvopastorale Systeme zur Anwendung. Insgesamt wird die private Bewirtschaftung bis hin zu privaten Baumschulen besonderes gefördert. Methodische Grundlagen bilden die Beteiligung der ortsansässigen Bevölkerung bei Planung und Durchführung, die Betonung des Monitorings und die erfolgsabhängige Refinanzierung der Maßnahmen.

Die Forstvorhaben unterstützen die Ressourcenschutzbemühungen der VR China, weichen aber in grundlegenden Aspekten von konventionellen, staatlich implementierten Aufforstungen ab:

- Die lokale Bevölkerung (Zielgruppe) wird als eigentlicher Akteur („Projektpartner“) verstanden.
- Die forstlichen Maßnahmen werden in eine partizipative Landnutzungsplanung eingebunden (PLUP).
- Systematisches Monitoring mit Identifizierung von Problemen und Lösungen findet statt.
- Es erfolgt systematisches Projekt- und Finanzmanagement mit begleitendem Einsatz von Informationstechnologie.
- Die private Forstwirtschaft wird gefördert.
- Es werden neue Verhaltensmuster und Fähigkeiten von den Projektträgern auf allen Hierarchiestufen verlangt (Dienstleistungscharakter). Statt „top-down-approach“ und Planerfüllungsmentalität gilt es, eine enge Kooperation, charakterisiert durch wechselseitigen Informationsaustausch, zwischen den Forstämtern und der Zielgruppe aufzubauen.

Erfahrungsgemäß unterstützt dieser innovative Ansatz den allmählichen Strukturwandel in den staatlichen Forstinstitutionen. Angesichts der traditionell ausgeprägt hierarchischen Verwaltungsstruktur wäre es unrealistisch, kurzfristig einschneidende Änderungen zu erwarten. Positiv zu vermerken ist in diesem Zusammenhang, dass die Provinz Shaanxi bereits PLUP-Elemente in das überregionale „National Land Conversion Programme“ übernommen hat. Weiterhin wandelt sich das ländliche institutionelle Umfeld. Nennenswert hierbei ist vor allem die Einführung von Wahlen auf Dorfebene. Die -Forstvorhaben sind in den (Basis-) Demokratisierungsprozess eingebettet und ziehen daraus Nutzen.

Abgesehen von Überzeugungsarbeit und daraus resultierenden Verhaltensänderungen bei politischen Entscheidungsträgern, sind die Wirkungen der Forstprojekte auf die ortsansässige Bevölkerung zu beachten. Zum einen können die Bauern direkte Erträge aus den von ihnen geleisteten Pflanz- und Pflegearbeiten erwarten. Zum anderen wird bei der Zielgruppe ein neues Bewusstsein geschaffen: Wer einmal bei Planung und Durchführung einer vom öffentlichen Sektor koordinierten Maßnahme aktiv als (nahezu) gleichberechtigter Partner mitgewirkt hat, wird dies auch in Zukunft leichter für sich beanspruchen.

Kurzdarstellung des FZ-Projektes „Aufforstung Ningxia“

Das Vorhaben begann im Jahr 1994 und gehört zu den ersten FZ-Forstprojekten in China. Seitdem ist mit insgesamt 22 Vorhaben in 15 Provinzen das deutsch-chinesische Engagement im Ressourcenschutz in Nordchina und auch im Einzugsgebiet des Yangtze erheblich intensiviert worden. Die vielfältigen, im Zeitablauf gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse wurden kontinuierlich und systematisch in der konzeptionellen Gestaltung und Umsetzung der jüngeren Forstvorhaben berücksichtigt und fanden in den seit 1996 regelmäßig aktualisierten „Guidelines for Sino-German Afforestation Projects“ ihren Niederschlag. Die GTZ führt verschiedene Projekte in Bereichen wie partizipative Landnutzungsplanung, Management von Wassereinzugsgebieten, forstliche Ausbildung und Monitoring durch, mit denen ein fachlicher Austausch gepflegt wird.

Durch das Projekt in Ningxia wurden rd. 8.500 ha Dünenbefestigungen, Windschutzstreifen und Obstflächen angelegt und der Schutz eines 30.000 ha großen Naturreservates sowie die nachhaltige Bewirtschaftung dieser Flächen unter Einbindung der Bevölkerung eingeführt. Ziel war es, einen Beitrag zur Stabilisierung ökologisch gefährdeter Vegetationszonen zu leisten sowie zum Erhalt und zur Gewinnung landwirtschaftlicher Flächen im Projektgebiet beizutragen, um somit auch die Einkommenssituation der Bevölkerung zu verbessern. Die Zielgruppe ist die im Projektgebiet (ländliche Armutsregion) lebende Bevölkerung. Finanziert wurden Inlandskosten für Maßnahmen im Bereich Aufforstung, Flächenschutz, Bewässerung sowie Devisenkosten für Ausrüstungen und Consultingleistungen. Der FZ-Beitrag beläuft sich auf EUR 6,135 Mio. Die Einsätze der chinesischen und ausländischen Experten waren in der Regel auf Kurzzeiteinsätze von 6 - 8 Wochen beschränkt. Die zeitnahe und effektive Beratung durch den Consultant (kombiniert mit der offenen Einstellung der PPO) hat wesentlich zum guten Projekterfolg beigetragen.

Die fachliche Projektsteuerung wurde von der Provinzforstverwaltung und dem dort angesiedelten Projektbüro (PPO) übernommen. Die Hauptverantwortung für die Organisation und Durchführung der Einzelmaßnahmen trugen die Kreisbüros (FPO) und staatliche Forstfarmen.

Die Projektmaßnahmen umfassten schwerpunktmäßig die Anlage von Obstplantagen, Windschutzstreifen und Sanddünenbefestigungen sowie den Schutz und die Rehabilitierung des Naturreservates Helanshan. Während private Bewirtschaftungsformen bei Sanddünenbefestigungen angesichts geringer ökonomischer Anreize kaum eine Rolle spielen (88 % durch Kollektive oder den Staat), dominieren sie bei Windschutzstreifen (72 %) und Obstbäumen (99 %).

Obstbaumplantagen (ha)	Sanddünenbefestigungen (ha)	Windschutzstreifen (ha)	Naturreservat-schutz (ha)	Gesamt – Ist	Gesamt – Plan
3.457	3.730	1.299	30.000	38.486	38.833

Vorrangig um den Obstanbau zu unterstützen, wurden flankierend Bewässerungsanlagen für ca. 3.780 ha kultivierter Fläche angelegt. Weiterhin wurden Forststraßen (32 km), Ausbildungszentren, Fahrzeuge und Ausrüstungen für den Baumschul- und Forstbetrieb mitfinanziert.

Die Projektflächen sind unter Schutz gestellt. Dies hat insbesondere im Helanshan Naturreservat, welches zu den national bedeutenden Schutzgebieten zählt, die vor Projektbeginn

verbreitete unkontrollierte Weide- und Brennholznutzung gestoppt. Weiterhin hat sich die Biodiversität erhöht und weiträumig sind Flächen wieder begrünt. Heute treten vermehrt selten gewordene Arten wie Blauschaf, Blauer Ohrfasan und Schwarzstorch auf. Als Kompensation für ausgesprochene Weideverbote erhielten Farmer eine Entschädigung von RMB 10 pro Tier sowie i. d. R. Zugang zu bewässertem Land. Gemäß einer Stichprobe des Consultants (Juli / August 2002) erfüllen mehr als 99 % der Anpflanzungen die ursprünglich geforderten Anwuchsraten. Die ökologischen Zielsetzungen sind erreicht. Dieses ausgezeichnete Ergebnis konnte ohne umfangreiche Nachpflanzungen und damit kostengünstig erzielt werden.

Die im Versuchs- und Demonstrationsprogramm gewonnenen Erkenntnisse zu Artenkombinationen, Bodenverbesserungsmaßnahmen sowie Pflanzenbehandlungen zur Erhöhung der Trockenheitsresistenz wurden in die Praxis anderer Vorhaben übernommen. Das Projekt genießt in der Autonomen Region Ningxia eine hohe Aufmerksamkeit und gilt in der Region als beispielhaft. Besonders die Sanddünenbefestigungen sowie andere technische Neuerungen sind auch für andere Projekte der Region ein Modell. Der vom Projekt initiierte Schutz des Naturreservates Helanshan ist von der Provinzregierung auf die gesamte Bergregion Ningxias ausgeweitet worden.

Zentralasien: Grenzüberschreitende Initiative im Kampf gegen Desertifikation

Bisher gab es große Probleme, die Nationalen Aktionsprogramme zu finanzieren, die im Zuge der UNCCD-Umsetzung entstanden sind. Sowohl die betroffenen Länder selbst als auch ihre internationalen Entwicklungspartner taten sich schwer, die Konvention als einen Rahmen für gemeinsame Investitionen zum nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen (Boden, Wasser, Wald und Weiden).

Eine neue Initiative der fünf Länder Zentralasiens (Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan) könnte hierfür einen neuen Weg aufzeigen: die Initiative der zentralasiatischen Länder für Land-Management („Central Asian Countries Initiative for Land Management“, CACILM“). Diese Länder wollen mit einer Gruppe von internationalen Partnerorganisationen ein ehrgeiziges Programm durchführen, das die Nutzung der natürlichen Ressourcen verbessern soll. Ziel dieser Initiative ist, nicht nur die Probleme der Desertifikation in Zentralasien einzudämmen und die Ressourcen nachhaltig zu nutzen, sondern gleichzeitig auch gezielt die Armut der ländlichen Bevölkerung zu bekämpfen.

Partnerorganisationen

Der „Global Mechanism“ als Finanzierungsmechanismus der UNCCD, die Asiatische Entwicklungsbank (ADB), Schweiz, Kanada und Deutschland, der International Fund for Agricultural Development (IFAD), das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) sowie das International Center for Agricultural Research in the Dry Areas (ICARDA) haben sich zu einer strategischen Partnerschaftsgruppe (Strategic Partnership Agreement, SPA) zusammengeschlossen, die durch CACILM die Umsetzung der nationalen Aktionsprogramme der UNCCD in den Ländern Zentralasiens unterstützen will.

Da die fünf Länder gleichermaßen von den Wasserressourcen der Region abhängig sind und die Probleme der Desertifikation die Grenzen überschreiten, ist eine regionale Zusammenarbeit zwingend notwendig. Die internationalen Partnerorganisationen haben sich entschlossen, mit CACILM einen gemeinsamen Handlungsrahmen zu schaffen, der ihre Unterstützung bündelt und Synergien schafft. Durch Ko-Finanzierung mit Geldern der Global Environment Facility (GEF) und durch andere bi- bzw. multilaterale Finanzierungsbeiträge, vor allem der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB), sollen in den kommenden zehn Jahren insgesamt rund 700 Millionen US-Dollar für ein besseres Ressourcenmanagement in den fünf Ländern bereitgestellt werden.

In einem Vorbereitungsjahr (2005) wird für jedes der fünf Länder ein Rahmenprogramm erarbeitet, das einerseits bereits existierende Projekte und Programme stärker integriert und andererseits neue Projekte und Programme für die Bereiche vorsieht in denen dringend investiert werden muss. Außerdem werden in jedem Land die Rahmenbedingungen für Ressourcenmanagement analysiert und festgelegt, welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Länder organisatorisch und institutionell für dieses ehrgeizige Programm zu befähigen. Bereits in dieser Vorbereitungsphase werden kleinere Maßnahmen insbesondere zur Optimierung der einheimischen Strukturen sowohl im staatlichen Bereich als auch in der Zivilgesellschaft ermöglicht. Das Vorbereitungsjahr mündet in eine auf zehn Jahre ausgelegte Umsetzung von CACILM.

Dieser Ansatz ist besonders innovativ, denn hier wird zum ersten Mal grenzüberschreitend eine ganze Region von einer Gruppe von Gebern dabei unterstützt, die Konvention umzusetzen und konkrete Maßnahmen zur Desertifikationsbekämpfung zu ergreifen. GEF hat dies zum Anlass genommen, Zentralasien zu einer Schwerpunktregion für seine Unterstützung im

Rahmen des neuen Operational Programme „Sustainable Land Management“ zu machen, wodurch CACILM zu einem Modellbeispiel werden kann. Zwar soll der Großteil der Maßnahmen in den jeweiligen Ländern umgesetzt werden, aber es sind auch Aktivitäten geplant, die alle fünf Staaten umfassen, zum Beispiel zur gezielten Aus- und Fortbildung sowie zur Intensivierung des Erfahrungsaustauschs.

Neu ist auch die partnerschaftliche Steuerung, die für CACILM vorgesehen ist: In den Ländern selbst soll eine interdisziplinär zusammengesetzte Arbeitsgruppe (mit Beteiligung der Zivilgesellschaft und auch der im Land engagierten Entwicklungsorganisationen) die Umsetzung steuern. Für den Gesamtprozess von CACILM in der Region ist eine Task Force geschaffen worden, in der Vertreter der Länder gemeinsam mit der Geber-Gruppe für ein einheitliches Vorgehen sorgen sollen.

Aus deutscher Sicht ist CACILM besonders interessant, weil bestehende deutsche Projekte in diesen Prozess eingebracht werden können und deren Wirkung durch mögliche Ko-Finanzierungen verstärkt wird. Außerdem können die Erfahrungen, die bisher in einigen deutschen Pilotprojekten der Region mit gemeindeorientiertem Ressourcenmanagement gewonnen wurden, breiter genutzt werden.

Kasachstan: Hilfe zur Selbsthilfe

In Kasachstan konzentrieren sich die deutschen Projekte zur Bekämpfung der Desertifikation auf drei Dörfer in der Provinz Balkhash, einem Gebiet, das im Norden das Mündungsdelta des Flusses Ili in den Balkhash-See umfasst und im Süden die Wüste Taukum berührt. Die heutigen ökologischen Probleme gehen zum Teil auf die Regulierung des Flusses und den Bau eines Kraftwerkes zur Zeit der Sowjetunion zurück: Dies hatte weitreichende Auswirkungen auf das Wassermanagement der Region. Während der Sowjetzeit hat man in dieser Region außerdem die ursprüngliche, extensive Weidewirtschaft auf eine intensivere Viehhaltung umgestellt. Die vergrößerten Tierbestände führten zu einer völlig unangemessenen, folgenschweren Überweidung der Grasflächen. Als dritter Gefahrenfaktor erwiesen sich mangelhafte Bewässerungstechniken in der Feldbewirtschaftung, welche die landwirtschaftlichen Nutzflächen zunehmend versalzen ließen. Einfluss hatte schließlich auch die Abwasserbelastung im Ili-Fluss, die vorwiegend aus Verunreinigungen im chinesischen Einzugsgebiet herrührt.



Demonstrationsfläche zur Dünenstabilisierung in der Nähe eines der Pilotdörfer

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem nachfolgenden wirtschaftlichen Niedergang der zentralasiatischen Staaten verschlechterten sich die Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung zusätzlich; dies erhöhte gleichzeitig den Nutzungsdruck auf die natürlichen Ressourcen: So holzten die Menschen zunehmend die Wälder ab, weil die staatliche Versorgung mit Kohle zusammenbrach. Rund um die Dörfer nahm die Degradation des Weidelands drastisch zu, weil die Einwohner auf den Flächen immer größere Viehbestände grasen ließen.

Eine Befragung in den ausgewählten Dörfern deckte vor allem folgende Probleme auf:

- schlechte Qualität des Trinkwassers;
- mangelhafte Bewässerungstechnik;
- nicht ausreichende staatliche Leistungen zur Armutsbekämpfung und Beschäftigungssicherung;
- kein Zugang zu Krediten für landwirtschaftliche Unternehmen;
- geringe Möglichkeiten zur Vermarktung von Agrarprodukten;
- fehlende Sozialeinrichtungen;
- Probleme in der Energieversorgung.

Als regionalen Partner für ein erstes Pilotprojekt gewann das CCD Projekt das Institute for Ecology and Sustainable Development (IESD) in Almaty. Das Projekt zielt darauf ab, die natürlichen Ressourcen schonender zu nutzen, die Lebensbedingungen der dörflichen Bevölkerung zu verbessern und dabei insbesondere „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu geben.

In einer ersten Phase (Mitte 2002 bis Ende 2003) konzentrierte sich das Projekt darauf, durch entsprechende Tests festzustellen, wo konkrete Maßnahmen ergriffen werden können, etwa im Waldschutz, zur Verbesserung der Weiden oder zur Befestigung von Dünen. Anvisiert wurden vor allem auch Maßnahmen, die neue Einkommensquellen für die Bevölkerung schaffen. Außerdem regte das Projekt die Gründung lokaler NROs an, um die Selbsthilfe-Organisation der Dorfbevölkerung zu stärken. Es unterstützte die Dorfschulen bei ihrem Naturkundeunterricht mit dem Ziel, über die Schüler das Problembewusstsein für die lokale Nutzung der natürlichen Ressourcen zu stärken.



Geschützte Fläche zur Regeneration von durch Überweidung gefährdeten einheimischen Holzarten (Balkhash-Region)

Als Ergebnis dieser ersten Phase konnte das Projekt 2004 seine Aktivitäten auf jene Bereiche konzentrieren, die sich als wichtig erwiesen hatten und durch die Projektaktivitäten beeinflussbar waren. In Zukunft wird das Problem der Überweidung stärker in den Mittelpunkt rücken. Wichtig ist es, die Dorfbevölkerung in die Lage zu versetzen, ihre Ressourcenprobleme eigenständig zu erkennen und dann zu lösen. Das Projektteam soll sich zudem künftig stärker von spezialisierten Institutionen in Kasachstan unterstützen lassen, anstatt alle Problemlösungen selbst zu entwickeln.

Für das IESD-Team besteht die Herausforderung für 2005 darin, die Ergebnisse des Pilotprojekts so weit zu konsolidieren, dass das Projekt Bestandteil des neuen Förderprogramms für nachhaltiges Ressourcenmanagement in der Zentralasien-Region (CACILM) werden kann. Das ist die Voraussetzung für eine Ko-Finanzierung des Projektes durch die Gelder von CACILM und für die spätere Ausweitung des Pilotprojektes auf weitere Standorte.

Kirgistan: Förderung von lokaler Partizipation der Zivilgesellschaft

Kirgistan ist ein Bergland, das mehr als 40 Prozent zu den Wasser-Ressourcen Zentralasiens beisteuert. Die Bevölkerung im ländlichen Raum lebt überwiegend von Weidewirtschaft, in den Tälern und Ebenen auch von Bewässerungslandwirtschaft. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich der Viehbestand erheblich vergrößert, so dass die Wälder und Weiden übernutzt werden. Die Folge sind schwerwiegende Erosions- und Überschwemmungsprobleme.

Das CCD Projekt der GTZ (GTZ-CCD) fördert in Kirgistan die nachhaltige Ressourcennutzung im Sinne der UNCCD vor allem auf lokaler Ebene und setzt Nichtregierungsorganisationen (NROs) in die Lage, eine aktivere Rolle im Umsetzungsprozess der Konvention zu spielen. Ziel ist es, einheimische NROs so zu qualifizieren, dass sie in der Lage sind, Kleinmaßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Einkommenssituation auf dem Lande zu planen, durchzuführen und deren Wirkung zu bewerten.

Als Kooperationspartner für diese Aktivitäten wurde das von der Schweiz finanzierte „**Central Asian Mountain Partnership Program**“ (CAMP) ausgewählt. CAMP und GTZ-CCD engagieren sich gleichermaßen für nachhaltige Entwicklung, Diversifizierung der Ressourcennutzung und Bekämpfung der Desertifikation. Beide Seiten erhoffen sich von der Zusammenarbeit Synergien durch Nutzung verfügbarer Erfahrungen, Kontakte und Partner.



Freiwillige Arbeiter aus dem Dorf Beo-Terek bei der Säuberung ihres Bewässerungskanals



Projektvorschläge werden in Kleingruppen diskutiert

Nach einer ersten Informationsveranstaltung über die UNCCD und das geplante Programm, die 2002 in der Hauptstadt Bishkek stattfand, wurden Projektvorschläge von NROs und Initiativgruppen gesammelt. Aus diesen Vorschlägen wählte man 20 aus, die einerseits Modellcharakter für dringliche Probleme darstellen, die realisierbar erscheinen, eine Eigenleistung durch die lokalen Gruppen vorsehen und mit ihren Resultaten einen Beitrag zur Umsetzung der UNCCD leisten.

Im Laufe einer weiteren Trainingveranstaltung über partizipatives Projektmanagement wurden die Projektvorschläge umformuliert und vervollständigt.

Schließlich wurden 12 Projekte ausgewählt, finanziert und umgesetzt:

- drei Projekte der Wasserversorgung (Trink- und Bewässerungswasser),
- zwei Projekte zur Pflanzung von Schutzwäldern oberhalb von Dörfern,
- sechs Projekte zur Erschließung alternativer Einkommensquellen (Tourismus, Imkerei, Obstbau, Woll-Verarbeitung und Töpferei),
- ein Projekt zur Wärmedämmung und Energieeinsparung.

Ende des Jahres 2002 wurden die Projekte gemeinsam durch die Beteiligten selbst evaluiert. Dieser Schritt hat sich als besonders wichtig erwiesen, weil die Teilnehmer und Teilnehmerinnen bei dieser Gelegenheit gelernt haben,

- wie wichtig der Erfahrungsaustausch für ihre individuelle Arbeit ist,
- welche Bedeutung partizipatives Vorgehen für den Projekterfolg hat,
- dass die erfolgreiche Projektumsetzung gute Finanzplanung und Organisation voraussetzt, und
- dass die Bewertung der Projektergebnisse nicht ohne Kenntnis und Anwendung von geeigneten Evaluierungsinstrumenten möglich ist.

Diese Aktivitäten in Kirgistan zeigen schon jetzt, wie die Zivilgesellschaft nutzbringend an nachhaltigem Ressourcenmanagement im Rahmen der UNCCD-Umsetzung beteiligt werden kann. Für die beteiligten NROs selbst ist dieses eine wertvolle Erfahrung, die ihnen hilft, sich für die Durchführung von Projekten auch anderer Geldgeber zu qualifizieren.

Tadschikistan: Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern

Die Pamir-Region (Autonomer Kreis Berg-Badachschan) nimmt etwa 44 Prozent der Fläche von Tadschikistan ein, dort leben rund 200.000 Menschen. Rund 20 Prozent der gesamten Distriktfläche sind landwirtschaftlich nutzbar. Im Pamir wird allerdings nur ein Bruchteil, rund ein bis zwei Prozent, der gesamten landwirtschaftlichen Produktion Tadschikistans erzeugt (Getreide, Gemüse, Obst, Kartoffel). Die Region beherbergt die größten Wasserreserven Zentralasiens (60 Prozent) - gespeichert in großen Gletschermassiven.



Typische Obstanbau-Plantage (Aprikosen) in Dorflage im Westpamir

In Westpamir wird vor allem Bewässerungslandwirtschaft betrieben (Weizen, Gerste, Kartoffel, Obstbau / vor allem Aprikosen), im Osten Pamirs überwiegt Weidenutzung (Schafe, Rinder, Yaks). Die Landwirtschaft im Pamir produziert jedoch nur etwa 30 bis 50 Prozent des Nahrungsbedarfs der heimischen Bevölkerung. Es ist darüber hinaus notwendig, neue Wirtschaftszweige zu entwickeln, wie etwa den Tourismus, oder landwirtschaftliche Produkte weiterzuverarbeiten und zu veredeln. Zurzeit ist leider der Drogenhandel von Afghanistan durch den Pamir nach Kirgistan die einzige „alternative Einnahmequelle“.

Die Bewässerungslandwirtschaft hat im Westpamir lange Tradition, das althergebrachte Wissen darüber ist aber weitgehend verloren gegangen. Denn in der Sowjetzeit setzte man für den gesamten Pamir auf die Weidenutzung in größeren Kolchosen, während die fruchtbaren Flächen in den Tälern für Futteranbau genutzt wurden. Der unsachgemäße Ackerbau in steilen Hanglagen und auf den Schwemmfächern in den Tallagen führt immer wieder zu gefährlichen Erdbeben mit Todesopfern. Im angrenzenden Afghanistan hat es diesen Bruch in der Landnutzung nicht gegeben, dort funktionieren im Gegensatz zu Tadschikistan noch traditionelle Bewässerungssysteme und Terrassenbau.

Das derzeit größte Problem für die Bevölkerung ist Mangel an Brennmaterial zum Kochen sowie zum Heizen in den extrem kalten Wintermonaten (im Ostpamir -30 bis -40°C). Deshalb werden im Westpamir die letzten Reste der Auwälder am Fuße der Täler abgeholzt. Die Wälder unterstehen eigentlich den staatlichen Forstbetrieben. Diese können sie jedoch nicht vor dem starken Holzbedarf schützen und verfügen auch nicht über Mittel für die Aufforstung. Im Ostpamir wird in weiten Regionen der Teresken-Strauch gerodet (lat. *Ceratoides papposa*), eine Pflanze, die wegen ihres starken Wurzelwerks überaus wichtig ist für die Weidewirtschaft, Bodenerhaltung und Erosionsbekämpfung. Wenn nicht bald eine alternative Energiequelle gefunden wird, dürfte die Zerstörung der Teresken zu einer massiven Bodenerosion führen und damit die Lebensgrundlage von Mensch und Vieh dramatisch gefährden.

Zu Sowjetzeiten wurde diese Region mit Kohle versorgt. Dieser Zukauf an Energie ist heute finanziell nicht mehr möglich, so dass die Bevölkerung auf heimische Energiequellen angewiesen ist. Über internationale Hilfsmittel sind für einzelne Dörfer Kleinwasserkraftwerke angelegt worden, dagegen wird das große Potential an Sonnen- und Windenergie in dieser Region überhaupt noch nicht genutzt.

Das Ziel des Pilotprojektes ist es, die Lebensbedingungen der Bevölkerung durch nachhaltige Nutzung der Naturressourcen in der Region zu verbessern, vor allem durch:

1. Nutzung von Heilpflanzen durch die Bevölkerung:

Der Pamir besitzt einen großen Naturreichtum an Heilpflanzen. Zurzeit sind 250 Arten mit nachgewiesener heilender Wirkung bekannt, das traditionelle Wissen ist durch örtliche Heilpraktiker dokumentiert. In den letzten zehn Jahren ist etwa die Hälfte dieser Ressourcen durch das Sammeln von Brennholz und durch Überweidung zerstört worden. Die lokale, re-

gionale und auch überregionale Nachfrage nach Heilpflanzen ist groß. Damit besteht hier die Chance, diese Ressourcen zu nutzen und dadurch Einkommen für die lokale Bevölkerung zu schaffen.

Das Projekt ist hier auf folgenden Gebieten aktiv:

- Es erfasst die Standorte und das jeweilige Potential der Heilpflanzen, die zur Zeit nachgefragt werden,
- Es prüft die Möglichkeit eines Anbaus in Plantagenform,
- Es untersucht, ob Heilpflanzen gleichzeitig auch nutzbar sind zur Erosionsbekämpfung, zur Unterstützung von Aufforstungen und zur Verbesserung von Viehweiden,
- Es prüft Möglichkeiten der Qualitätsverbesserung bei Anzucht, Ernte; Lagerung und Vermarktung
- Es bemüht sich um eine intensivere Nutzung des traditionellen Wissens,
- In Marktstudien werden Vermarktungschancen untersucht.

2. Schutz bestehender und Wiederherstellung degradierter Teresken-Weiden im Ostpamir sowie Aufforstung und Walderhaltung im Westpamir

50 Prozent der Weiden sind bereits zerstört. Nach Auflösung der Kolchosen ist der Viehbestand in den letzten Jahren gewachsen, und der Zerstörungsprozess hat sich noch beschleunigt. Derzeit ist die Weidenutzung im Ostpamir weitgehend unreguliert. Die Situation kann nur verbessert werden, wenn man die Land- und Weidenutzung sinnvoll regelt. Die Zerstörung der Waldflächen in den Talauen des Westpamir durch Brennholznutzung hat inzwischen dramatische Ausmaße angenommen.

Aktivitätsfelder des Projektes:

- Technische Regeneration der Weiden: Versuche auf Probeflächen, gemeinsam mit Nutzergruppen,
- Verringerung des Weidedrucks durch Entwicklung und Einführung eines Systems von Weidemanagement,
- Modellhafte Aufforstung und Waldschutz,
- Alternativen für die Energieversorgung der Nutzergruppen,
- Mischkulturen zur Weideverbesserung,
- Grundlagen für die Aufforstung der Auwälder gemeinsam mit den staatlichen Forstbetrieben und der lokalen Bevölkerung (z.B. im Schachdara-Tal).

Das Pilotprojekt soll insgesamt einen Beitrag dazu leisten, dass:

- als Alternative zur traditionellen Landnutzung neue Wirtschaftszweige entwickelt werden, welche die Lebensbedingungen der Pamir-Bevölkerung längerfristig verbessern;
- weitere Landdegradation verhindert und die einzigartigen semiariden und ariden Hochgebirgslandschaften erhalten werden, was auch die Artenvielfalt (in Natur und Agrarwirtschaft) der ganzen Region schützt;
- die staatlichen Dienststellen, Kommunen, das Entwicklungsprogramm der Aga Khan-Stiftung (MSDSP) und NROs enger zusammenarbeiten.

Träger des Pilotprojektes ist das Staatliche Komitee für Landnutzung auf Provinzebene. Das Projekt versucht in seiner ersten Phase (seit Mitte 2003), in drei Dörfern gemeinsam mit der Dorfbevölkerung und den zuständigen staatlichen Diensten modellhafte Problemlösungen zu entwickeln, die später auf weitere Regionen übertragen werden können und Anregungen für die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans der UNCCD geben sollen.

a) Sokhcharv: Heilpflanzen

Zurzeit wird eine Marktanalyse für Heilpflanzen fertig gestellt, bei der zum Beispiel die Endverbraucher-Preise in Duschanbe erhoben wurden. Hierzu wurde mit der Gruppe eine detaillierte Handreichung erarbeitet, die sicherstellen sollte, dass die wesentlichen Elemente für die Marktanalyse erfasst werden. Auf der Basis der Marktanalyse wird dann für die Dorfbewölkerung in Sokhcharv ein Seminar angeboten, um den potentiellen Anbauern von Heilpflanzen Gelegenheit zu geben, sich mit den Ergebnissen der Analyse vertraut zu machen.

Falls nach dem Seminar mindestens zehn Familien ein ernsthaftes Interesse am Anbau von Heilpflanzen anmelden und dabei eine Anbaufläche von mindestens einem Hektar zusammenkommt, ist das Projekt bereit, die benötigte Samenmenge von außerhalb zu beschaffen (dieses ist in Tadschikistan nicht möglich).

Die Transportverpackung der erzeugten und getrockneten Heilpflanzen wird vom Projekt auf Kreditbasis zur Verfügung gestellt.



Einheimische Spezialisten für Heilpflanzenanbau im Gespräch mit Dorfbewohnern im Pamir

b). Barvoz: Wald-Management

Das Dorf verfügt über einen einzigartigen Wald (hinsichtlich seiner Größe, Artenzusammensetzung und Schutzfunktion), der in der Sowjet-Ära vollkommen geschützt war. In Folge der Brennholznot und der unkontrollierten Beweidung ist er stark degradiert. Die staatliche Forstverwaltung hat die Bewirtschaftung der Waldfläche an eine Reihe von Dorfbewohnern in Form einer Pacht übertragen. Hierzu ist ein Nutzungsvertrag abgeschlossen worden, der allerdings wegen unklarer Formulierungen Anlass zu Missverständnissen und Unmut bei den Pächtern gegeben hat.

Im Nutzungsvertrag sind als Ziel die verträgliche Bewirtschaftung des Restwaldes und seine Restaurierung vereinbart. Dieser Ansatz hat modellhafte Bedeutung für die Pamir-Region.

Für die nächste Planungsphase (2005) wurden folgende Aktivitäten vereinbart:

- Erstellung eines technischen Papiers als Anleitung zum Management und der Restaurierung des Barvoz-Waldes, in dem konkrete Handreichungen für die multiple Nutzung (Setzen von Pappel- und Weidenstecklingen, selektiver Schnitt des Stockausschlags der illegal eingeschlagenen Weiden, Sanddorn-Gewinnung, Viehfuttergewinnung, Bienenweide, etc.) enthalten sind,
- Forstpflanzen-Produktion in den bereits angelegten Baumschulen,
- Fortbildung in der Dorfschule und Anlage einer Baumschule zu Lernzwecken,
- Erhebung von Basis-Wetterdaten (Temperatur und Niederschlag),
- Bau eines Schutzzauns, falls die Kostenkalkulation vertretbare Kosten ergibt.

c) Chechekty: Verbesserung des Weidemanagement

Es handelt sich um ein Dorf im Ostpamir (Region Murgab), in dem vor allem das Weidemanagement und die Energieversorgung der Haushalte entscheidende Probleme darstellen. Für beide Bereiche spielen die Teresken-Pflanzen eine Schlüsselrolle. Diese Pflanze hat hervorragende Futterqualitäten, ist jedoch wegen ihrer im Alter starken Verholzung neben Viehdung das einzige lokal verfügbare Heizmaterial. Deshalb sind wegen ihrer weitgehenden Ausrottung in Siedlungsnähe als Brennstoff dort auch die Weiden stark degradiert.

Für die nächste Planungsphase (2005) wurden folgende Aktivitäten vereinbart:

- eine Veröffentlichung über die Möglichkeiten der Weideverbesserung und des Weidemanagement im Ostpamir (anhand der bisherigen Erfahrungen in Chechekty)
- Beginn einer vergleichenden Untersuchung verschiedener Ansätze der Weideverbesserung (nur Bewässerung, mit Düngung, Düngung und Aussaat von Weidepflanzen wie z.B. Teresken). Begleitend sollen Basis-Klimadaten erhoben werden.
- Organisation eines Seminars zur Weideverbesserung in der Region
- Erste Schritte zur Erprobung eines Rotationssystems der Weidewirtschaft (zyklische Herausnahme festgelegter Weideareale aus der Beweidung, um ihre Regeneration zu erlauben): Identifizieren geeigneter Flächen, Absprachen mit den betroffenen Viehhaltern und Organisation ihrer Beteiligung am Versuch)
- Erste Überlegungen zur Verbesserung der Energiebilanz von Chechekty in Zusammenarbeit mit ACTED.

ACTED, eine französische NRO, führt im Murgab-Distrikt ein Programm zur Verbesserung der Einkommens- und Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung durch. In Zusammenarbeit mit CAMP/Kirgistan haben sie auch das drängende Problem der Energieversorgung der Haushalte aufgegriffen und konkrete Maßnahmen begonnen. Nach einer ersten Analyse der Energieproblematik in der Region ist ACTED zu der Auffassung gelangt, dass das Energieproblem sich nur durch ein Bündel von Maßnahmen lösen lässt wie z.B.

- bessere Wärmedämmung der Häuser,
- Einführung verbesserter Öfen,
- Brikettierung der örtlich verfügbaren Brennstoffe Teresken und Viehdung (mit Einmischung von Kohlestaub) zur besseren Energieausnutzung,
- Anlieferung und Verkauf zu Marktpreisen von Steinkohle,
- Nutzung von einfacher Solartechnik.

Mit ACTED/Murgab wurde eine weitere enge Zusammenarbeit vereinbart.

Auf Initiative der Regionalkoordinatorin sind 2004 zwei ASA-Stipendiaten in der Pamirprovinz eingesetzt worden, um hier die Verarbeitung von Milch (in erster Linie zu Käse) zu verbessern. Die Stipendiaten hielten mit finanzieller und logistischer Unterstützung vom CCD Projekt, von MSDSP sowie von ACTED eine Reihe von Seminaren auf Dorfebene ab, um Frauen in der Herstellung von Käse und anderen Milchprodukten auszubilden. Nachprüfungen zeigen, dass eine Reihe von Teilnehmern der Seminare sofort mit der Käseproduktion begonnen und in einigen Fällen bereits Käse verkauft hat. Alle Beteiligten bewerten diesen Einsatz als einen großen Erfolg und wünschen eine Wiederholung der Maßnahme.

Mit dem Entwicklungsprogramm der Aga Khan-Stiftung (MSDSP) ist eine weitere intensive Zusammenarbeit und regelmäßiger Informationsaustausch vorgesehen.

Turkmenistan: Desertifikationsbekämpfung gemeinsam mit der Bevölkerung

Rund 90 Prozent der Landesfläche von Turkmenistan liegen im Bereich der Karakum-Wüste. Das ausgeprägt kontinentale Klima ist durch heiße und trockene Sommer sowie durch teilweise extrem kalte Winter charakterisiert. Noch heute werden eine intensive Landwirtschaft auf bewässerten Flächen sowie eine unkontrollierte Weidewirtschaft praktiziert, die ihren Ursprung in der Sowjetzeit haben. Als Folge dieser Landnutzung, die an die ökologischen Bedingungen nicht angepasst ist, werden in weiten Gebieten die Vegetation vernichtet und die Gewässer verunreinigt, während die landwirtschaftlichen Nutzflächen versalzen. Mit der ökologischen hat sich auch die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung ständig verschlechtert, auch gesundheitliche Probleme nehmen stark zu.

Seit 1997 unterstützt Deutschland ein Pilotprojekt in Turkmenistan, dessen Ziel es ist, turkmenische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zu befähigen, Beratungsleistungen im Bereich Desertifikationsbekämpfung zu erbringen und die betroffene Bevölkerung bei der Entwicklung und Anwendung von angemessenen Problemlösungen zu unterstützen. Der Förderansatz zielt auf den Erhalt des in Turkmenistan vorhandenen wissenschaftlichen Potentials, die Qualifizierung dieser Wissenschaftler im Bereich Projektmanagement und damit die verbesserte Umsetzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen durch Politik und Projekte. Darüber hinaus soll in dem Pilotvorhaben das Selbsthilfepotential der lokalen Bevölkerung verbessert und die Ressourcennutzer in die Umsetzung von Maßnahmen zur Desertifikationsbekämpfung stärker einbezogen werden. Kooperationspartner auf turkmenischer Seite ist das Institut für Wüstenforschung (National Institute of Deserts, Flora and Fauna, NIDFF) in Ashgabat, das über einen reichen Erfahrungsschatz im Kampf gegen die Desertifikation in Zentralasien verfügt.

Erstmals werden in Turkmenistan - unter den extrem schwierigen politischen Bedingungen - partizipative Formen der Projektplanung und -durchführung gemeinsam mit der Bevölkerung im ländlichen Raum erprobt. Mit Hilfe von partizipativen Methoden konnten die wesentlichen Probleme aus Sicht der Betroffenen analysiert werden. Zur Sensibilisierung der Bevölkerung wurden Seminare über Desertifikationsprobleme mit großem Erfolg durchgeführt.

Inzwischen ist das Projekt in einer Reihe von Dörfern auf drei unterschiedlichen ökologischen Standorten tätig:

- in der **Karakumwüste**, einer „kalten Wüste“, die begrenzte Möglichkeiten für Viehhaltung sowie - bei Bewässerung - für Gartenbau und Intensivkulturen bietet: In dieser Projektregion werden Maßnahmen der Dünenstabilisierung durchgeführt und der Garten- und Gemüsebau unterstützt. Die Trinkwasserversorgung einiger Dörfer wurde verbessert. In bescheidenem Umfang werden vor allem Frauen bei Aktivitäten unterstützt, die alternative Einkommen schaffen (z.B. Matten flechten, weben, etc).



Gurkenenernte in dörflichem Gemüsegarten

- in der **Bergregion** an der Grenze zum Iran: Hier stehen Erosionsbekämpfung und Aufforstung, aber auch verbessertes Weidemanagement im Vordergrund. In den Dörfern werden Pflanzen nachgezogen für Aufforstungsmaßnahmen sowie für die Verbesserung der natürlichen Viehweide. Aufforstungen und unterschiedliche Techniken zur Bekämpfung der Boden- und Wassererosion werden in Gemeinschaftsarbeit durchgeführt.



Dörfliche Obstbaumplantage mit einfacher Bewässerung in der Bergregion Nohur

- in der **Oase Mary**, die vor allem unter den Folgen unsachgemäßer Bewässerung (Versalzung, aufgelassene frühere Ackerflächen) leidet: In dieser Projektregion steht die Regeneration versalzter Böden durch Anwendung biologischer Techniken (z.B. Herstellung und Anwendung von Kompost) und ihre neuerliche Nutzbarmachung für die kleinbäuerliche Produktion im Vordergrund.



Zur Umweltbildung hat die Schule einen Malwettbewerb durchgeführt

Auf allen drei Standorten werden die Projektaktivitäten begleitet durch intensive Aufklärung und Beratung der Bevölkerung, wobei auch die Schulen aktiv einbezogen werden.

Die bisherige Projektumsetzung zeigt beeindruckende Ergebnisse, die nicht nur in Turkmenistan sondern auch in den anderen zentralasiatischen Ländern Beachtung finden. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in dem zentralasiatischen Transformationsstaat konnten seit Beginn des Vorhabens umfangreiche Maßnahmen zur Desertifikationsbekämpfung (zum Beispiel Stabilisierung von Dünen, Verbesserung des Weidelands, Anlage von Kleingärten für Gemüse und Heilpflanzen) gemeinsam mit den Betroffenen geplant und realisiert werden.

Auf nationaler Ebene findet das Projekt bemerkenswerte Aufmerksamkeit. Das Umweltministerium und andere Ministerien kennen die Projektarbeit und wünschen sich eine räumliche Ausweitung der Aktivitäten sowie mehr Information über die im Projekt entwickelten Ansätze. Dadurch ist auch die notwendige politische Unterstützung gewährleistet.

Auswahlkriterien der Vorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Desertifikationsbekämpfung

Grundsätzlich werden Projekte und Aktivitäten der Desertifikationsbekämpfung zugerechnet, wenn sie folgender Definition entsprechen:

Eine Aktivität sollte als desertifikationsbezogen eingestuft werden, wenn sie darauf abzielt, Desertifikation zu bekämpfen oder die Auswirkungen von Dürre in trockenen, halbtrockenen oder trocken-subhumiden Regionen zu mindern durch die

- Vorbeugung und/oder Verminderung von Landdegradation;
- Wiederherstellung von teilweise degradierten Böden;
- Rekultivierung von durch Desertifikation zerstörtem Land.

Zur besseren Bewertung ihres mittelbaren oder unmittelbaren Bezugs zur Desertifikationsbekämpfung werden Projekte und Aktivitäten dann anhand der so genannten UNCCD Marker eingeteilt. Diese Marker beschreiben den Grad des Bezugs zur Umsetzung der Konvention zur Desertifikationsbekämpfung.

Die Maßnahmen tragen bei:

UNCCD Marker A	zum Schutz und zur Verbesserung von Ökosystemen in Trockengebieten oder zur Hilfe bei bestehenden Umweltschäden.
UNCCD Marker B	zur Integration von Desertifikationsbekämpfung in die betreffenden Entwicklungsziele der Empfängerländer, durch den Aufbau von Institutionen, Capacity Development, Stärkung von Good Governance und Unterstützung bei der Schaffung politischer Rahmenbedingungen sowie durch Forschung.
UNCCD Marker C	zu den Bemühungen der Entwicklungsländer, die Verpflichtungen der UNCCD zu erfüllen.

Die Aktivität hat das Hauptziel Desertifikationsbekämpfung, wenn sie direkt und explizit darauf abzielt, eines oder mehrere der oben genannten Kriterien, auch innerhalb des Kontextes der Umsetzung von nationalen, sub-regionalen oder regionalen Aktionsprogrammen, zu erreichen.

Abkürzungen

ADB	Asian Development Bank (Asiatische Entwicklungsbank)
BIP	Bruttoinlandsproduktion
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CAMP	Central Asian Mountain Partnership Program
CACILM	Central Asian Countries Initiative for Land Management
CNCIDR	China National Committee for International Disaster Reduction
CoDeL	Combating Desertification in Lebanon (Desertifikationsbekämpfung im Libanon)
COP	Conference of the Parties (Vertragsstaatenkonferenz)
CRIC	Committee for the Review of the Implementation of the UNCCD (Komitee für die Überprüfung der Umsetzung der UNCCD)
CSLP	Cadre Stratégique de Lutte contre la Pauvreté (Nationale Armutsbekämpfungsstrategie)
CST	Committee on Science and Technology (Ausschuss für Wissenschaft und Technologie der UNCCD)
DED	Deutscher Entwicklungsdienst
DesertNet	Deutsche Kompetenznetzwerk für Forschung und Desertifikationsbekämpfung
DRFN	Desert Research Foundation of Namibia (Stiftung für Wüstenforschung in Namibia)
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen)
FIRM	Forum for Integrated Resource Management (Forum für integriertes Ressourcenmanagement)
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen)
GEF	Global Environment Facility (Globale Umweltfazilität)
GIS	Geografisches Informationssystem
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH
ICARDA	International Center for Agricultural Research in the Dry Areas (Internationales Forschungszentrum für Landwirtschaft in Trockengebieten)
ICRISAT	International Crops Research Institute for the Semi-Arid Tropics
IDNDR	International Decade for Natural Disaster Reduction

IFAD	International Fund for Agricultural Development (Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung)
IGAD	Intergovernmental Authority on Development
InWEnt	Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
IUCN	International Union for the Conservation of Nature
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
LDC	Least Developed Countries
MDG	Millennium Development Goals
NAP	Nationales Aktionsprogramm
NAPCOD	Namibia's Programme to Combat Desertification (Nationale Programm zur Desertifikationsbekämpfung von Namibia)
NDRP	National Disaster Reduction Plan of the People's Republic of China
NEAP	National Environmental Action Plan (Nationales Umweltaktionsplan)
NePAD	New Partnership for Africa's Development
NIDFF	National Institute of Deserts, Flora and Fauna (Institut für Wüstenforschung, Turkmenistan)
NRO	Nichtregierungsorganisation
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OSS	Observatoire du Sahara et du Sahel
PACT	Programme d'Appui aux Collectivités Territoriales (Programm Kommunalförderung)
PAN	Programme d' Action National (Nationales Aktionsprogramm)
PANLCD	Programme d' Action National de Lutte contre la Désertification (Nationales Aktionsprogramm zur Desertifikationsbekämpfung)
PRA	Participatory Rural Appraisal (partizipative Methoden)
PRSP	Poverty Reduction Strategy Papers
RAP	Regionales Aktionsprogramme
SADC	South African Development Cooperation
SPA	Strategic Partnership Agreement (strategische Partnerschaftsvereinbarung)
SRAP	Subregionales Aktionsprogramm
SSP	Schwerpunktstrategiepapiere
TZ	Technische Zusammenarbeit
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UNCBD	United Nations Convention on Biological Diversity (UN-Konvention zur Erhaltung der Biodiversität)
UNCCD	United Nations Convention to Combat Desertification (UN-Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation)
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development
UNDP	United Nations Development Programme (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)

UNEP	United Nations Environment Programme (Umweltprogramm der Vereinten Nationen)
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change (UN- Klimarahmenkonvention)
WSSD	World Summit on Sustainable Development (Weltgipfel zur nachhaltigen Entwicklung)
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)

Glossar

Capacity Development

Im Mittelpunkt von Capacity Development stehen Menschen, Organisationen und Gesellschaften, die im Rahmen eines Veränderungsprozesses Fähigkeiten („Capacities“) entwickeln, um eigene Ziele nachhaltig und wirksam zu erreichen. Investitionen in Capacity Development erhöhen die Leistungsfähigkeit von Menschen, Organisationen und Gesellschaften, indem sie Ressourcen, Strukturen und Spielregeln bei der Aufgabenbewältigung verändern.

Clearing House

Der Clearing-House Mechanismus ist das zentrale Informations-, Kommunikations- und Kooperationssystem der UNCBD (*United Nations Convention on Biodiversity*). Mit dem Clearing House Mechanismus wollen die Vertragsstaaten der UNCBD die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zwischen allen Ländern fördern und den Austausch sowie den Zugriff auf Informationen und Daten rund um die Umsetzung dieses UN-Übereinkommens unterstützen.

Degradation

Verlust typischer Merkmale einer jeweiligen Landschaftskomponente, (Vegetation, Boden etc.) durch veränderte Umweltbedingungen, Übernutzung u. a.

Dezentralisierung

Verlagerung zentralisierter Strukturen in Wirtschaft, Politik oder Siedlungswesen und Budgethoheit. Als Dezentralisierung wird z.B. die Verlagerung politischer Entscheidungsbefugnisse und Institutionen von der Zentralregierung auf mittlere und untere Verwaltungsebenen bezeichnet.

Erosion

Loslösung, Abtragung und Verfrachtung von Gesteins- und Bodenmaterial der Erdoberfläche durch Wasser, Wind und Schwerkraft.

Focal Points

Person oder Institution jedes Vertragsstaates, die für das UNCCD-Sekretariat und andere Partner erster Ansprechpartner in UNCCD-Angelegenheiten ist. In der Regel steuern die Focal Points auch eine nationale Koordinationsstelle, die als Katalysator bei der Ausarbeitung, Durchführung und Bewertung der nationalen Aktionsprogramme des betreffenden Landes dient.

GEF – Global Environment Facility

Die globale Umweltfazilität forciert und unterstützt internationale und finanzielle Zusammenarbeit, um weltweite Bedrohungen der Umwelt zu adressieren, u. a. auch Desertifikation, und stellt somit das wichtigste Finanzierungsinstrument für internationale Umweltabkommen dar.

GM – Global Mechanism der UNCCD

Eines der statutären Organe der UNCCD. The Global Mechanism (GM) of the UNCCD is an instrument to facilitate the rationalisation of resource allocation and the mobilisation of additional resources to combat land degradation and poverty.

LDC- Least Developed Countries

Von den UN 1971 eingeführte Bezeichnung für die am wenigsten entwickelten Länder, die aufgrund dieses Status in der Entwicklungszusammenarbeit weitaus günstigere Konditionen als die übrigen Entwicklungsländer erhalten.

Mainstreaming

Systematische Berücksichtigung in und Verbindung eines bestimmten Inhaltes bzw. Themas mit allen relevanten Politik- und Aktionsfeldern.

NAP – SRAP – RAP

Nationale Aktionsprogramme (NAP) sind wesentliche Instrumente in der Umsetzung der UNCCD. Sie werden ergänzt durch Aktionsprogramme auf subregionaler (SRAP) und regionaler (RAP) Ebene.

Partizipation

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit werden alle Aspekte der aktiven Beteiligung der Bevölkerung am Entwicklungsprozess, einschließlich politischer Mitwirkung, sozialer Teilhabe und Teilhabe an Entscheidungs-, Planungs- und Umsetzungsprozessen unter dem Begriff Partizipation zusammengefasst.

Trockengebiete

Gebiete, in denen arides, semiarides oder trocken-subhumides Klima herrscht und somit von Desertifikation bedroht sind. Diese Klimaten werden durch eine einfache Verhältniszahl der potentiellen Verdunstung zum Niederschlag (0,05 – 0,65) definiert.

Versalzung des Bodens

Salzanreicherung in Oberböden durch starke Verdunstung des Bodenwassers. In Trockengebieten ist dies ein typisches Beispiel für Bodendegradierung.

Vertragsstaatenkonferenz – COP – Conference of Parties

Konferenz der Vertragsstaaten der UNCCD, die alle 2 Jahre stattfindet. Sie stellt das höchste Entscheidungsgremium im Rahmen der UNCCD dar.